

Eingang bei: L/OB

Datum:

Uhrzeit:

Eingang bei: 10-2.1

Datum:

Uhrzeit:

Haushaltsantrag

Stadträtinnen / Stadträte - Fraktionen

Bündnis 90/DIE GRÜNEN-Gemeinderatsfraktion

Betreff

Haushalt 2014/15 Antrag Nr. 01

Ökologie – Natur schätzen und schützen

Die Grundlage unseres Lebensraumes gilt es zu erhalten. Dazu gehört insbesondere der Naturschutz und Artenschutz. Ohne ein Konzept für den Artenschutz ist ein effektives und zielgerichtetes Vorgehen nicht möglich.

Ebenso ist eine Kartierung der vielfältigen Biotope notwendig, um überhaupt auf diese Vielfalt aufmerksam zu werden. Und vor allem um zu wissen, was man möglicherweise verlieren könnte und durch welche Maßnahmen erhalten werden können. Die Natur birgt auch weiterhin unbekannte Schätze – sowohl bei den Biotopen als auch bei den Arten. Biotop-Kartierung und Artenschutzkonzept sind längst überfällig und immer mit dem Hinweis auf fehlende Personalressourcen abgewehrt worden. Ein weiterer Kollateralschaden des unterirdischen Großprojekts: Viele Mitarbeiter im Amt für Umwelt sind mit Stuttgart 21 beschäftigt.

Vor über zehn Jahren wurden durch das Amt für Umweltschutz Pilotarbeitskreise zur Umsetzung von Vorhaben des Biotopverbunds in den Stadtteilen Mühlhausen/Zazenhausen und Ober-/Untertürkheim aufgebaut. In den Arbeitskreisen arbeiten ehrenamtliche Naturschützer, Vereine, Landwirte und städtische Ämter mit.

Die regelmäßige Unterstützung der Arbeitskreise durch das Amt für Umweltschutz und externe landschaftsökologische Büros läuft aus Kapazitäts- und Kostengründen aus. Die nachhaltige Sicherung der Arbeit muss durch die Bezirke selbst organisiert werden.

Wir beantragen daher:

- | | |
|--|---|
| 1. Für die Erarbeitung eines Artenschutzkonzeptes sowie | 100.000 EUR p. a.
1,0 Stelle |
| 2. Für die Biotopkartierung | 1,0 Stelle |
| 3. Zur Unterstützung und Fortführung der Arbeiten im Biotopverbund | 20.000 EUR p. a. |

Silvia Fischer

Peter Pätzold

Eingang bei: L/OB

Datum:

Uhrzeit:

Eingang bei: 10-2.1

Datum:

Uhrzeit:

Haushaltsantrag

Stadträtinnen / Stadträte - Fraktionen

Bündnis 90/DIE GRÜNEN-Gemeinderatsfraktion

Betreff

Haushalt 2014/15 Antrag Nr. 02
Grünes pflegen und hegenI. Grünpflege

Die Pflege der Grünanlagen der Stadt Stuttgart verlangt hohen personellen Aufwand und die Aufgaben wachsen. Zur Verbesserung dieses Unterhalts ist es notwendig, das Personal in diesem Bereich zu erweitern.

Die Auswirkungen des Klimawandels sind vor Ort auch bei den Bienen spürbar. Durch die veränderte Vegetationsperiode fehlen den Bienen vermehrt die spätblühenden Blumen und Pflanzen. Um günstige Bedingungen für Bienen, wie auch für die anderen darauf angewiesene Insekten wie Hummeln oder Schmetterlinge, zu schaffen, ist es notwendig, die Anstrengungen der Stadtgärtner zu unterstützen und vermehrt Blumenwiesen anzupflanzen, die auch noch im späten Sommer blühen und das notwendige Nahrungsangebot bereitstellen.

Wir beantragen:

1. Zur Verbesserung der Arbeitssituation im Bereich Stadtgrün **1,0 Stellen**
2. Zur Unterstützung von „Biene Maja“ und Co. **25.000 EUR p. a.**

II. Baumschutzsatzung

Erst vor wenigen Tagen erfuhr die Stuttgarter Baumschutzsatzung ihre erste Überarbeitung seit 1985. Das ist zu begrüßen, auch wenn wir die Pauschalen für die Ablöse von Bäumen für zu niedrig angesetzt halten mit der Folge, dass die Stadt drauf zahlt, wenn ein Baum einem Projekt zum Opfer fällt, weil ihr die Ersatzpflanzung teurer kommt. Wir halten stattdessen die vom Technik-Referat berechneten Beträge für angemessen.

Nun muss als nächster Schritt jedoch die Ausweitung der Baumschutzsatzung auf das gesamte Stadtgebiet vorangetrieben werden. Stuttgart ist die einzige Großstadt in Deutschland, in der die Satzung nicht für das gesamte Stadtgebiet gültig ist.

Solange die Satzung nicht im gesamten Stadtgebiet gilt und Bäume in den Außenbezirken nicht geschützt sind, bleiben alle Anstrengungen, aus Klimaschutzgründen mehr Bäume in

der Stadt zu pflanzen, eine Sisyphus-Arbeit.

Wir beantragen:

3. Zur Ausweitung der Baumschutzsatzung

1,0 Stelle

Silvia Fischer

Peter Pätzold

Haushaltsantrag vom 22.10.2013	Nr. 427/2013
---------------------------------------	---------------------

Eingang bei: L/OB

Datum:

Uhrzeit:

Eingang bei: 10-2.1

Datum:

Uhrzeit:

Haushaltsantrag

Stadträtinnen / Stadträte - Fraktionen
Bündnis 90/DIE GRÜNEN-Gemeinderatsfraktion
Betreff
Haushalt 2014/15 Antrag Nr. 03
Mehr Grün ums Haus – Hinterhofbegrünung

Das Umfeld von Wohnung und Arbeitsplatz ist insbesondere im dicht besiedelten Stuttgarter Kessel wichtig – sowohl für das Stadtklima als auch direkt für das Wohlbefinden der Bürgerinnen und Bürger. Die dichte Bebauung erfordert einen grünen Ausgleich und dieser kann oft nur durch mehr Begrünung der Hinterhöfe, Fassaden und Flachdächer erfolgen. Entsiegelte und begrünte Hinterhöfe und Flachdächer sind gut für das Stadtklima, zugleich dienen sie als Versickerungsfläche bei Regen. Begrünte Fassaden verbessern das Stadtklima und sind gleichzeitig auch zusätzlicher Lebensort für viele Tierarten. Vor vielen Jahren gab es bereits schon ein Programm, welches die Anstrengungen der Bürgerinnen und Bürger zur Entsiegelung der Hinterhöfe unterstützt hat. Wir wollen dieses Programm wieder beleben und um die Begrünung von Fassaden und Flachdächern erweitern. Nur so können auch viele kleine Maßnahmen zur Begrünung dazu beitragen, den Auswirkungen des Klimawandels entgegen zu treten.

Wir beantragen:

Die Stadtverwaltung stellt ein Programm zur Förderung der Entsiegelung von Hinterhöfen und Begrünung von Fassaden und Dächern für die dicht bebauten Stadtteile auf.

Für das Jahr 2014:

200.000 EUR

Für das Jahr 2015:

400.000 EUR

Silvia Fischer

Peter Pätzold

Eingang bei: L/OB

Datum:

Uhrzeit:

Eingang bei: 10-2.1

Datum:

Uhrzeit:

Haushaltsantrag

Stadträtinnen / Stadträte - Fraktionen

Bündnis 90/DIE GRÜNEN-Gemeinderatsfraktion

Betreff

Haushalt 2014/15 Antrag Nr. 04

Der Wald: Lebens-, Wirtschafts-, Lern- und Erholungsraum

Stuttgart hat viel Wald und das wissen die Bürgerinnen und Bürger zu schätzen. Der Wald ist mehr als nur die schöne Ansammlung einiger Bäume. Der Wald ist Lebensraum für vielfältige Arten. Er kann ein wunderschöner Lernort sein, wie auch ein stiller Erholungsraum.

Er ist aber auch ein Wirtschaftsraum, denn die Holzbewirtschaftung ist ein nicht unerheblicher Faktor beim Thema Wald. Die Umstellung auf eine Zertifizierung im Rahmen des FSC Deutschland (Forest Stewardship Council) unterstützt den verantwortungsvollen Umgang mit unserem Wald. Sie dient aber auch dazu, ein Qualitätsmerkmal unserer Waldbewirtschaftung sichtbar zu machen und ist schlussendlich auch ein Marketinginstrument.

Der Klimawandel macht unserem Wald zu schaffen. Auch dies ist eine neue Aufgabe für das Forstamt und hinzu kommt die anwachsende Kommunikation mit den Bürgerinnen und Bürgern.

Wir beantragen:

1. Zur Koordinierung der Themen Anpassung an den Klimawandel, Waldpädagogik, Kommunikation mit den Bürgerinnen und Bürgern **0,5 Stellen**
2. Zur Vorbereitung und Durchführung der FSC-Zertifizierung **0,5 Stellen**

Silvia Fischer

Peter Pätzold

Eingang bei: L/OB

Datum:

Uhrzeit:

Eingang bei: 10-2.1

Datum:

Uhrzeit:

Haushaltsantrag

Stadträtinnen / Stadträte - Fraktionen

Bündnis 90/DIE GRÜNEN-Gemeinderatsfraktion

Betreff

Haushalt 2014/15 Antrag Nr. 05

Weinbau: Kulturlandschaft und Landwirtschaft in Stuttgart

I. Steillagen Weinbau

Der Anbau von Wein spielt in Stuttgart seit vielen Jahrhunderten eine wichtige Rolle. Neben der primären wirtschaftlichen Bedeutung steht eine lange kulturell bedeutende Geschichte und Handwerkstradition. Die landschaftsprägenden Steillagen sind aus der Stadt nicht wegzudenken, sie sind bedeutsam für den Tourismus und der Grundstock für immer bessere Weine. Stuttgarts Weinberge haben – besonders in den Steillagen – auch große ökologische Bedeutung. Die geschützten Biotope geben einer Vielzahl von zugewanderten, teilweise bedrohten Pflanzen und Tierarten eine neue Heimat.

Wirtschaftliche, kulturelle und ökologische Gründe legen den Erhalt und die Pflege dieser Steillagen nahe.

Eines der ersten Pilotprojekte zur Förderung des Steillagenweinbaus soll dabei das Projekt „Hohe Halde“ in Rohracker werden.

Wir beantragen:

1. Für ein Förderprogramm zum Erhalt des Weinbaus in den Steillagen der typischen Stuttgarter Kulturlandschaft wird ein Budget eingestellt in Höhe von

600.000 EUR p. a.

II. Landwirtschaftskoordination

Ebenso ist es notwendig die Landwirtschaft, wozu auch der Weinbau gehört, in Stuttgart weiter zu fördern und zu koordinieren. Dazu soll die Landwirtschaft in Zukunft auch bei der Wirtschaftsförderung angesiedelt werden. Ebenso soll diese Stelle die Umstellung auf den biologischen Anbau fördern.

Wir beantragen:

2. Förderung und Koordination der Landwirtschaft in Stuttgart und des biologischen Anbaus

1,0 Stellen

III. Wandel und Wege

In den letzten Jahren sind die historischen Pflasterwege, Natursteinstaffeln und Wandelwege auf der Wangener Höhe in einem beispielhaften Gemeinschaftsprojekt des Amts für Umweltschutz und des Tiefbauamts instand gesetzt worden. Größtenteils wurden hierzu Fördermittel des Naturschutzes und Ausgleichsmittel für Eingriffe in Natur und Landschaft durch Bauvorhaben eingesetzt. Das Projekt läuft 2014 aus.

Eine dauerhafte Pflege und Unterhaltung der Wege durch das Tiefbauamt erfolgte in den letzten Jahren nicht, da die Bauhöfe abgebaut wurden und Finanzmittel zur Unterhaltung fehlten. Ohne Unterhaltungspflege ist der erneute Verfall vorprogrammiert.

Zur Sicherung und dauerhaften Unterhaltung der Wege und Wandel auf der Wangener Höhe, die auch einen einzigartigen Kulturlandschaftsschatz darstellen, zur naturnahen Erholung und zum Biotopschutz der dortigen Trockenmauern ist ab 2014 der dauerhafte Unterhalt durch das Tiefbauamt erforderlich.

Wir beantragen:

3. Für den Unterhalt und die Pflege der Wege und Wandel

50.000 EUR p. a.

Silvia Fischer

Peter Pätzold

Eingang bei: L/OB

Datum:

Uhrzeit:

Eingang bei: 10-2.1

Datum:

Uhrzeit:

Haushaltsantrag

Stadträtinnen / Stadträte - Fraktionen

Bündnis 90/DIE GRÜNEN-Gemeinderatsfraktion

Betreff

Haushalt 2014/15 Antrag Nr. 06

Energie: Einsparen und sauber erzeugen

I. Energiemanagement

Das Energiemanagement der städtischen Liegenschaften ist ausbaufähig, denn noch nicht alle Gebäude werden betreut. Hier gibt es Potential, Energie einzusparen und Geld zu sparen. Das Energiemanagement rechnet sich auch. Die Kosten für den Energiemanager kommen mehrfach wieder rein, insbesondere bei steigenden Energiekosten.

Ebenso gibt es ausreichend Potential in den Stuttgarter Wäldern und bei den Abfällen aus dem Gartenbau. Dieses kann über den Ausbau der Kompostieranlage und vor allem dem Ausbau der Holzhackschnitzelerzeugung gehoben werden. Die Stadt ist jetzt schon Eigenversorger bei den Holzhackschnitzeln und will es bleiben.

Die Wertschöpfung bleibt dabei ganz in der Stadt. Die Resteverwertung, eine schwäbische Tugend, bringt hier bares Geld, das gespart werden kann. Auch eine schwäbische Tugend.

Wir beantragen:

- | | |
|---|--------------------|
| 1. Ausbau Energiemanagement Strom | 1,0 Stellen |
| 2. Ausbau Energiemanagement Wärme | 1,0 Stellen |
| 3. Ausbau Kompostbetrieb und Holzhackschnitzelgewinnung | 780.000 EUR |

II. Stromspar-Check

Das Projekt Stromspar-Check der Caritas, gefördert mit Mitteln des Bundesumweltministeriums und aus Spendenmitteln der Kirche, startete 2010 als Projekt der Arbeitsförderung mit einer Energieberatung für einkommensschwache Haushalte (ALG II-, Sozialhilfe-, Wohngeld- und Bonuscardbezieher).

Arbeitslose werden erfolgreich zu Service-Beratern für Energie- und Wasserspartechnik qualifiziert und beraten erfolgreich über Einsparpotentiale beim Energie- und Wasserverbrauch.

Für den Verbraucher reduziert sich der Stromverbrauch und damit die Stromrechnung.

Speziell bei den Hartz 4-Empfängern spart die Kommune Ausgaben im Rahmen der Kosten der Unterkunft durch einen geringeren Verbrauch des auf die Wärmeerzeugung fallenden

Stroms. Der einzelne Hartz 4-Empfänger muss weniger für Nebenkosten aus seiner Hilfe zum Lebensunterhalt zahlen, hat monatlich somit mehr Geld zur Verfügung und erhält zudem noch kostenfreie Energiesparmittel. Bezogen auf die Gesellschaft werden insgesamt Ressourcen geschont und die vereinbarte Energiewende wird vorangetrieben. Das Projekt ist erfolgreich, so reduziert sich die Stromrechnung der beratenen Haushalte um durchschnittlich 84 Euro im Jahr.

Durch Kooperationen mit der SWSG und den Stadtwerken Stuttgart wurde der Kreis der potentiellen Kunden mittlerweile erweitert. Trotzdem verbleibt eine jährliche Deckungslücke, die mit 20.000 EUR im Jahr zu füllen ist.

Wir beantragen:

Zur Unterstützung des Projekts Stromspar-Check

20.000 EUR p. a.

Silvia Fischer

Peter Pätzold

Eingang bei: L/OB

Datum:

Uhrzeit:

Eingang bei: 10-2.1

Datum:

Uhrzeit:

Haushaltsantrag

Stadträtinnen / Stadträte - Fraktionen

Bündnis 90/DIE GRÜNEN-Gemeinderatsfraktion

Betreff

Haushalt 2014/15 Antrag Nr. 07

Tierschutz

I. Katzenhilfe

In Stuttgart leben immer mehr herrenlose Katzen, Nachkommen ausgesetzter Katzen aus Privathaltung, da viele Halter ihre Tiere nicht kastrieren lassen und so ungewollter Nachwuchs entsteht. Herrenlose Katzen vermehren sich unkontrolliert (im Normalfall zwei Mal im Jahr 4-6 Nachkommen) und verbreiten vermehrt Krankheiten und Seuchen. Das Tierheim ist oft restlos überfüllt und verhängt häufig einen Aufnahmestopp. Und die frei lebenden Tiere selbst sind großem Leid ausgesetzt, ihnen wird bei Krankheit oder Verletzungen keine tierärztliche Hilfe zuteil, viele müssen hungern – sie verenden oft qualvoll.

Appelle an die Mitverantwortung der Katzenhalter schaffen zwar Abhilfe, lösen das Problem aber nicht.

Seit mehr als 30 Jahren engagiert sich der mehrere hundert Mitglieder zählende Verein Katzenhilfe Stuttgart e. V. dafür, die Lebensbedingungen von herrenlosen, ausgesetzten und in Not geratenen Katzen in der Landeshauptstadt Stuttgart zu verbessern. Die wenigen ehrenamtlichen Mitarbeiter fangen und kastrieren ausgesetzte Katzen um die ungezügelte Vermehrung der Tiere einzudämmen. Allerdings können sie die steigende Anzahl der Anfragen aus der Stuttgarter Bevölkerung kaum mehr bewältigen.

Wir beantragen:

Die Arbeit des Vereins Katzenhilfe Stuttgart e. V. wird unterstützt mit **30.000 EUR p. a.**

II. Tauben in der Stadt

Tauben sind in der Stadt nicht mehr wegzudenken, obwohl sie wenig günstige Lebensbedingungen vorfinden. Überpopulation erschwert die mühsame Suche nach Nahrung und Nistplätzen, Unterernährung ist die Regel. Für die Städter werden sie im Hinblick auf Sauberkeit und Hygiene zum Problem, die Beschwerden häufen sich. Deshalb ist es notwendig, den Bestand der Tauben in der Stadt zu kontrollieren. Ein sehr

gutes und auch aus Sicht des Tierschutzes praktikables Instrument sind betreute Taubentürme, mit denen auch in der Stadt gute Erfahrungen gemacht wurden. Der weitere Ausbau dieser Taubentürme und die Weiterentwicklung und Überwachung des Konzepts gilt es jetzt zu fördern.

Wir beantragen daher:

Weiterentwicklung des Konzepts zur Regulierung des Taubenbestandes in Stuttgart

120.000 EUR p. a.

Silvia Fischer

Peter Pätzold

Haushaltsantrag vom 22.10.2013	Nr. 432/2013
---------------------------------------	---------------------

Eingang bei: L/OB

Datum:

Uhrzeit:

Eingang bei: 10-2.1

Datum:

Uhrzeit:

Haushaltsantrag

Stadträtinnen / Stadträte - Fraktionen
Bündnis 90/DIE GRÜNEN-Gemeinderatsfraktion
Betreff
Haushalt 2014/15 Antrag Nr. 08
Stadt am Fluss

Das Thema Stadt am Fluss beschäftigt die Bürgerinnen und Bürger Stuttgarts schon lange. Sie wollen wieder an ihren Fluss, den Neckar, zurück und die alten Barrieren abschaffen. Wasser in der Stadt ist ein belebendes Element, sowohl als Brunnen direkt aber auch als erlebbare Flusslandschaft.

Planungen gibt es vielfältige, große und kleine. Von den einfachen Stufen im Bereich des Hafens bis zur Renaturierung in Hofen durch das Ikone-Projekt. Aber es gibt auch die Möglichkeit, das Leuze-Bad wieder an den Fluss zu bringen. Ebenso die Neckarterrassen an der König-Karls-Brücke auf der anderen Seite. Es braucht zur Umsetzung allerdings noch Geld.

Wir beantragen:

Für die Umsetzung von Maßnahmen zum Thema Stadt am Fluss

800.000 EUR

Silvia Fischer

Peter Pätzold

Eingang bei: L/OB

Datum:

Uhrzeit:

Eingang bei: 10-2.1

Datum:

Uhrzeit:

Haushaltsantrag

Stadträtinnen / Stadträte - Fraktionen

Bündnis 90/DIE GRÜNEN-Gemeinderatsfraktion

Betreff

Haushalt 2014/15 Antrag Nr. 09
Investitionen in den öffentlichen Raum**I. Stadtgarten**

Der Stadtgarten ist seit vielen Jahren ein intensiv genutzter Freiraum in der Stadt, mit Nachbarn wie dem Klinikum, der Universität oder der Fachhochschule, welche den Park inmitten der Stadt auch nutzen. Diese Nutzung hat nun seit vielen Jahren ihre Spuren hinterlassen und der Stadtgarten ist in einem Zustand, der eine Sanierung und Neugestaltung erfordert.

Endlich sind die Planungen so weit, dass einer Neugestaltung nichts mehr im Wege steht. Wobei wir Wert darauf legen, dass der alte Baumbestand erhalten bleibt und die Bürgerinnen und Bürger in diese Neugestaltung eingebunden werden.

Wir beantragen:

1. Für die Umgestaltung des Stadtgartens bis 2016

Für das Jahr 2014

670.000 EUR

Für das Jahr 2015

1.760.000 EUR**II. Diakonissenplatz – Jugendverkehrsschule**

Der Anteil an Parks, Spiel- und Freiflächen im Stadtbezirk West ist bekanntermaßen viel zu gering. Jetzt bietet sich eine einmalige Chance. Mit der Verlagerung der Jugendverkehrsschule weg vom Diakonissenplatz in das Gebiet „Hinterer Vogelsang“ können zwei Fliegen mit einer Klappe geschlagen werden. Der frei werdende Diakonissenplatz kann in eine tolle große Spiel- und Freifläche für Jung und Alt umgewandelt werden und im Hinteren Vogelsang entsteht ein neuer Verkehrsübungsplatz, der den Ansprüchen an eine zeitgemäße Verkehrserziehung gerecht wird.

Es wurde bereits in Zusammenarbeit mit den beteiligten Ämtern und der Polizei eine Machbarkeitsstudie vom Architekturbüro ARP erstellt. Der Bezirksbeirat West wurde darüber

bereits im Dezember informiert und forderte einstimmig die rasche Verlegung der Jugendverkehrsschule.
Bevor der Diakonissenplatz wieder öffentlich genutzt werden kann, braucht es die Verlagerung und den Neubau der Jugendverkehrsschule.

Wir beantragen:

2. Neue Jugendverkehrsschule im Gebiet „Hinterer Vogelsang“

Für das Jahr 2014
Für das Jahr 2015

1.000.000 EUR
1.000.000 EUR

Silvia Fischer

Peter Pätzold

Eingang bei: L/OB

Datum:

Uhrzeit:

Eingang bei: 10-2.1

Datum:

Uhrzeit:

Haushaltsantrag

Stadträtinnen / Stadträte - Fraktionen

Bündnis 90/DIE GRÜNEN-Gemeinderatsfraktion

Betreff

Haushalt 2014/15 Antrag Nr. 10
Stadt und Landschaft weiter planenI. Freiraumplanung

Die Stadtlandschaft in Stuttgart besteht nicht nur aus den bebauten Bereichen, sondern auch aus den umgebenden Landschaftsräumen. Darunter nimmt der Filderbereich eine wichtige Position ein. Das Projekt Filderpark hat das Ziel, den Landschaftsbereich Filder zu erhalten und zu verbessern.

Ebenso gibt es seit vielen Jahren den Wunsch, das Projekt Valentienwald in Zuffenhausen zu verwirklichen. Dazu gibt es nun die Planung "Landschaftsentwicklungskonzept Hummelgraben", die eine Landschaft mit parkähnlichen Elementen vorsieht.

Wir beantragen daher:

Für die weiteren Planungen

- | | |
|-------------------|--------------------|
| 1. Filderpark: | 120.000 EUR |
| 2. Valentienwald: | 100.000 EUR |

II. Zuffenhausen B10/27

Bereits seit 20 Jahren wird in Zuffenhausen bei unzähligen Veranstaltungen darüber diskutiert, wie Abhilfe dafür geschaffen werden kann,

- dass der Stadtbezirk - neben der Bahnlinie - zusätzlich durch die Hochtrasse der B10/27 in zwei Teile zerschnitten wird;
- dass über die unsinnige Auffahrtsrampe Friedrichswahl von jedem der 60.000 Fahrzeuge pro Tag 460 m zusätzlich zurückgelegt werden müssen, was einen enormen Schadstoffausstoß sowie hohe Lärmemissionen zur Folge hat;
- dass mit der Fertigstellung des Rosensteintunnels weitere 10.000 Fahrzeuge auf der B10/27 in Zuffenhausen verkrachtet werden müssen.

Deshalb haben sich der Bezirksbeirat und der Technische Ausschuss dafür ausgesprochen,

dass bei einem möglichen Direktanschluss der Heilbronner Straße an die Hochtrasse die "Variante 8b: Untertunnelung der Stadtbahnlinie", als Grundlage für weitere Untersuchungen dienen soll.

Wir sind der Ansicht, dass bei diesen Planungen nicht mehr von einem Abriss der Rampe Friedrichswahl ausgegangen werden sollte, sondern von deren Abkoppelung (bei einer angestrebten späteren Begrünung).

Ebenfalls soll ein möglicher Tunnel bis zur Zabergäubrücke und eine Variante ohne Mea-Brücke dargestellt werden. Diese Planungen wären eine Zukunftsperspektive für Zuffenhausen.

Dafür braucht es Planungsmittel, um auch endlich die Planungen angehen zu können.

Wir beantragen:

- | | |
|--|--------------------|
| 3. Planungsmittel für die „Zukunftsperspektive Zuffenhausen“ | 300.000 EUR |
|--|--------------------|

Silvia Fischer

Peter Pätzold

Eingang bei: L/OB

Datum:

Uhrzeit:

Eingang bei: 10-2.1

Datum:

Uhrzeit:

Haushaltsantrag

Stadträtinnen / Stadträte - Fraktionen

Bündnis 90/DIE GRÜNEN-Gemeinderatsfraktion

Betreff

Haushalt 2014/15 Antrag Nr. 11
Öffentlicher Raum in der StadtI. Öffentlicher Raum

Der öffentliche Raum in der Stadt wird immer wichtiger. Er ist nicht nur Aufenthaltsraum, er ist auch Raum für Kommunikation, Pause, Kunst, Kultur, Markt und noch viel mehr.

Wir alle bewegen uns durch diesen Raum, ob jung oder alt. Insbesondere jung und alt haben besondere Bedürfnisse. Sei es ein Platz zum Sitzen oder auch nur barrierefreie Wege. Was die Mutter oder der Vater mit dem Kinderwagen brauchen, brauchen auch die älteren Mitbürger, die nicht mehr so gut zu Fuß sind.

Die ebenerdige Querung der Hauptstraßen gehört auch zu einem gut nutzbaren öffentlichen Raum. Deshalb ist es notwendig, dass die Königstraße endlich wieder mit dem Hauptbahnhof ebenerdig verbunden wird. Der Fußgängerüberweg an dieser Stelle beendet schließlich die Diskrepanz zwischen der Sichtachse in Richtung Hauptbahnhof und dem eigentlichen Fußweg durch unterirdische Umwege.

Die Barrierefreiheit im öffentlichen Raum und an den Haltestellen des ÖPNV wird immer wichtiger. Und mit der Novellierung des Personenbeförderungsgesetzes zum 1.1.2013 gilt für den ÖPNV die Zielvorgabe, dass zum 1.1.2022 die vollständige Barrierefreiheit erreicht werden soll. In Stuttgart müssten dazu bis 2022 noch 620 Richtungshaltestellen umgerüstet werden. Dazu sind wesentlich größere Anstrengungen nötig, als in den vergangenen Jahren (3,3 Mio. EUR jährlich). Vor diesem Hintergrund beantragen wir, dass die der Stadt aus der Straßenbenutzungsgebühr der SSB zur Verfügung stehenden Mittel in höherem Maße zweckgebunden und gezielt für den ÖPNV eingesetzt werden und dementsprechende Umschichtungen vorgenommen werden (neben der Barrierefreiheit von Haltestellen und der Verbesserung der Z-Überwege besteht Mittelbedarf bei der Busbevorrechtigung und in der Qualitätssicherung).

Wir beantragen:

1. Förderung der Barrierefreiheit im öffentlichen Raum und an den Haltestellen des ÖPNV
350.000 EUR p. a.
2. Die Verwaltung stellt bis zur 1. Lesung dar, in welcher Höhe die SSB AG Straßenbenutzungsgebühr an die Stadt bezahlt und wie diese Mittel bisher eingesetzt wurden.
3. Sitzgelegenheiten in der Stadt
30.000 EUR p. a.
4. Fußgängerüberweg Königstraße-Hauptbahnhof
584.000 EUR

II. Zentraler Platz auf der Waldau

Die Überlegungen zur Neuordnung und Verbesserung des gesamten Raumes im Sportgelände Waldau in Degerloch haben als zentralen Punkt einen öffentlichen Platz.

Dieser Platz grenzt direkt an das Gazi-Stadion der Stuttgarter Kickers an. Durch den Neubau der Tribüne muss die Fläche des geplanten zentralen Platzes angegangen werden. Entweder durch einen Minimalausbau oder durch den endgültigen Bau. Ein Minimalausbau würde unnötig Geld kosten, würde der Platz später gebaut werden.

Ebenso ist der zentrale Platz und dessen Bau ein deutliches Zeichen, dass es im Sportgelände Waldau einen Anfangspunkt beim Thema Neuordnung gibt.

Wir beantragen:

5. Für die Umsetzung der Planungen des Zentralen Platzes auf der Waldau

2,17 Mio. EUR

III. Sauberkeit im öffentlichen Raum – Idee des Jugendrats aufnehmen

Vor kurzem wurden die Mitspracherechte des AK Jugendrat Stuttgart deutlich aufgewertet. Dieser richtige Schritt ist auch deswegen vollzogen worden, weil anerkannt werden musste, dass die jungen Menschen im Jugendrat sich tatsächlich intensiv mit der Gestaltung ihrer Lebenswelt auseinandersetzen und diese auch auf politischem Wege beeinflussen wollen.

Ein Projekt, das vom Jugendrat in seiner auslaufenden Wahlperiode besonders vorangetrieben wurde, ist die Kampagne „Pfand gehört daneben“. Diese Kampagne zeigt auch, dass sich der Jugendrat nicht nur um die Angelegenheiten der Jugend kümmert, sondern auch Themen von gesamtgesellschaftlicher Bedeutung aufgreift. Wir halten eine solche Herangehensweise des Jugendrates für vorbildhaft.

Die Idee selbst – ein Pfandsammelsystem an öffentlichen Mülleimern anzubringen – bedarf unserer Ansicht nach jedoch zunächst einer wissenschaftlichen Überprüfung auf seine Wirksamkeit. Es sollte geklärt werden, ob dadurch tatsächlich der Griff in den Mülleimer vermieden wird, ob mehr Pfandflaschen dem Wertstoffkreislauf zugeführt werden können oder ob mehr Glasbruch entsteht und ob dadurch eine gewerbliche Pfandsammlung entsteht. Auch sollte geklärt werden, durch welches Design ein solches Pfandsammelsystem im besten Falle das Stadtbild nicht negativ beeinträchtigt, sondern ansehnlicher macht und funktionale Vorteile bietet. All diese Fragen können durch einen studentischen Wettbewerb geklärt werden, für den jedoch Materialkosten und Veranstaltungskosten anfallen.

Wir beantragen daher:

5. Für eine versuchsweise Installation eines Pfandsystems an ausgewählten öffentlichen Mülleimern in der Stadt in Verbindung mit einem studentischen Forschungsprojekt und einer begleitenden Evaluation werden dazu die notwendigen Gelder aus dem Programm der AWS „Sicherheit und Sauberkeit in Stuttgart“ zur Verfügung gestellt.

Silvia Fischer

Peter Pätzold

Eingang bei: L/OB

Datum:

Uhrzeit:

Eingang bei: 10-2.1

Datum:

Uhrzeit:

Haushaltsantrag

Stadträtinnen / Stadträte - Fraktionen

Bündnis 90/DIE GRÜNEN-Gemeinderatsfraktion

Betreff

Haushalt 2014/15 Antrag Nr. 12
Verträglicher Verkehr**I. Tempo 40**

Geschwindigkeitsbeschränkungen – verbunden mit Maßnahmen zur Verflüssigung des Verkehrs – sind ein wirksames Mittel, die Belastung der Luft mit krebserregendem Feinstaub abzusenkten. Der Schutz der menschlichen Gesundheit vor Luftschadstoffen ist uns ein ernstes Anliegen – und gerade beim Feinstaub kann noch lange keine Entwarnung gegeben werden. In der großen europäischen Escape-Studie haben Forscher nachgewiesen, dass schon geringe Feinstaub-Konzentrationen der Gesundheit schaden. Mit jedem Anstieg des Feinstaubgehalts erhöht sich das Lungenkrebsrisiko. Ziel muss daher die Minimierung von Feinstaub sein.

Der Verkehrsversuch an der Hohenheimer Straße bestätigt uns jetzt: Die Belastung der Luft mit Stickstoffdioxid ist durch die Geschwindigkeitsbegrenzung deutlich zurückgegangen. Was mancher Autofahrer noch als Schikane empfinden mag, entpuppt sich als win-win-Situation für ihn wie für die Anwohner. Die Verflüssigung des Verkehrs – verbesserte Ampelschaltungen, grüne Welle und damit insgesamt weniger Anfahrvorgänge – bewirkt trotz Tempo 40 weniger Stress für Autofahrer und bessere Luft sowie weniger Lärm für die Anwohner.

Da Stuttgart nach wie vor eine der Städte mit den höchsten Feinstaubbelastungen in Deutschland ist und die im Rahmen des Luftreinhalteplans der Stadt umgesetzten Maßnahmen nur wenig Wirkung zeitigten, ist es keine Frage für uns, das Paket des OBs für die Steigungsstrecken zu unterstützen.

Wir beantragen:

1. Maßnahmenpaket Tempo 40 an Steigungsstrecken wird auf den Weg gebracht. Dafür werden eingestellt

für das Jahr 2014
für das Jahr 2015**425.000 EUR**
890.000 EUR

II. Parkraummanagement unterstützen – Teilrücklage Parkraum

Die Ausweitung des Parkraummanagements erfordert als ergänzende Maßnahme die Schaffung von zusätzlichem Parkraum weg von der Straße hin in Tiefgaragen oder Parkhäusern für Anwohner. Dazu braucht es die Teilrücklage Parkraum, eine Rücklage, die in der Regel durch Ablösen etc. gefüllt wird.

Insbesondere durch die Tiefgarage am Kursaal in Bad Cannstatt wurde die Teilrücklage geleert, so dass sie Anfang 2013 sogar bei -380.000 EUR stand. Damit lässt sich kein begleitendes Konzept bei der Ausweitung des Parkraummanagements machen.

Deshalb ist es notwendig diesen Topf wieder zu füllen, damit er wieder seiner Nutzung, der Schaffung von Parkraum, erfüllen kann. Die Teilrücklage ist ein wichtiges Mittel, Stellplätze aus dem öffentlichen Raum hin in Tiefgaragen zu verlagern, aber auch um die Akzeptanz des Parkraummanagements bei der Bevölkerung zu erhöhen.

Wir beantragen:

- | | |
|---|--------------------|
| 2. Einmalige Einlage in die Teilrücklage Parkierung | 500.000 EUR |
|---|--------------------|

Silvia Fischer

Peter Pätzold

Eingang bei: L/OB

Datum:

Uhrzeit:

Eingang bei: 10-2.1

Datum:

Uhrzeit:

Haushaltsantrag

Stadträtinnen / Stadträte - Fraktionen

Bündnis 90/DIE GRÜNEN-Gemeinderatsfraktion

Betreff

Haushalt 2014/15 Antrag Nr. 13

Infrastruktur in der ganzen Stadt erhalten, sanieren und ergänzen

In den Erhalt der Infrastruktur der Stadt wurde in der Vergangenheit zu wenig investiert, so dass diese in der Substanz aufgezehrt wurde. Besonders im Verkehrsbereich wird in diesem Jahr durch die Vielzahl der Mitteilungsvorlagen zur Sanierung der Straßen und Infrastruktur deutlich, dass eigentlich zuerst in die Sanierung und den Erhalt der bestehenden Infrastruktur investiert werden muss, bevor neu gebaut wird. Die Verwaltung schlägt dazu umfangreiche Sanierungsprogramme bis 2019 vor, dem geplanten Zeitpunkt der Inbetriebnahme des Rosensteintunnels.

Der neue Rosensteintunnel belastet den städtischen Haushalt mit Investitionskosten von 78,5 Mio. EUR und dann mit zusätzlichen jährlichen Unterhaltskosten von 650.000 EUR.

Im Hinblick auf den Zustand der bestehenden Verkehrsinfrastruktur ist der Neubau des Rosensteintunnels nicht zu verantworten. Allein die darin gebundenen Zuschussmittel (GVFG-Mittel) des Landes von rund 115 Mio. EUR könnten in der Stadt in vielen dezentralen Projekten besser und wirksamer eingesetzt werden.

Wir beantragen daher:

1. Die bestehende Verkehrsinfrastruktur in den nächsten 5 Jahren zu sanieren und wieder voll funktionsfähig zu machen. Folgende Sanierungen und Maßnahmen im Bereich der Infrastruktur sind dabei durchzuführen:

a) Straßenerhaltprogramm, Sanierung der Straßen und Erhöhung des Sanierungsbudgets von 8 Mio. EUR jährlich auf 14 Mio. EUR jährlich für den Zeitraum von 2014 bis 2019, um ein grundlegendes Sanierungsprogramm der Stuttgarter Straßen durchzuführen. (GRDRs 355/2013)
36,000 Mio. EUR

b) Unterhalt und Erneuerung der betriebs- und sicherheitstechnischen Einrichtungen in den Stuttgarter Straßentunneln bis 2019 (GRDRs 516/2013).
4,110 Mio. EUR

c) Unterhalt und Erneuerung von Brücken, Stegen, Straßenführungen und –tunnel zur Aufrechterhaltung der Verkehrssicherheit bis 2019 (GRDRs 514/2013)

4,996 Mio. EUR

d) Sanierung von verkehrstechnischen Anlagen im Bereich Lichtsignalanlagen, Verkehrsrechner und Verkehrsbeeinflussungsanlagen bis 2019 (GRDRs 477/2013)

3,000 Mio. EUR

e) Sanierung von Verkehrszeichenbrücken an Straßen bis 2019 (GRDRs 476/2013).

0,600 Mio. EUR

f) Sanierung der Stuttgarter Stäffele bis 2019 (GRDRs 355/2013). 1,800 Mio. EUR

g) Sanierung, Unterhalt der Brunnen bis 2018 (GRDRs 745/2012) 1,150 Mio. EUR

Summe Sanierung Verkehrsinfrastruktur 51,7 Mio. EUR

2. Zusätzlich sollen folgende Investitionen in neue Planungen und Maßnahmen, laut der Anlage 3 zur Finanzplanung 2013-2018, „roten Liste“, Tiefbauamt, Neue Vorhaben unternommen werden, um die Sanierungsmaßnahmen zu ergänzen und flächendeckend mit dezentralen Maßnahmen die Infrastruktur zu ertüchtigen.

a) Bahnunterführung Unterländer Straße	1,060 Mio. EUR
b) Tunnelleitzentrale	0,424 Mio. EUR
c) Unterhaltung Stadtbahnbauwerke und Fußgängerunterführungen	0,160 Mio. EUR
d) Erneuerung Parkleitsystem Innenstadt	3,710 Mio. EUR
e) Erneuerung Parkleitsystem Bad Cannstatt	0,106 Mio. EUR
f) Unterhaltung von Parkhäusern	1,240 Mio. EUR
g) Aufzug Haltestelle Föhrichstraße, S-Bahn, Feuerbach	0,700 Mio. EUR
h) Radwege, Hauptradrouten, zusätzlich	2,000 Mio. EUR
i) Umgestaltung Kleine Königstraße	0,676 Mio. EUR
j) Rupert-Mayer-Platz 3. Bauabschnitt	1,321 Mio. EUR
k) Umgestaltung Stammheimer Straße	0,441 Mio. EUR
l) Umgestaltung Sophienstraße	0,795 Mio. EUR
m) Signalisierter Fußgängerüberweg Geibelweg, Am Kräherwald	0,106 Mio. EUR
n) Fußgängerüberweg Königstraße-Hbf	0,584 Mio. EUR
o) Endgültige Anpassung Dürrbachkreisel	0,541 Mio. EUR
p) Umgestaltung Rinkenbergstraße, Wangen	0,348 Mio. EUR
q) Umgestaltung Uhlbacher Straße, Ortskern Obertürkheim	0,560 Mio. EUR
r) Umgestaltung Emilienstraße, Vaihingen	0,349 Mio. EUR
s) Radweg Neue Weinsteige	2,650 Mio. EUR
t) Heimgartenstraße, verkehrsberuhigter Bereich, Hedelfingen	0,349 Mio. EUR
u) Neugestaltung Marktplatz Botnang	1,449 Mio. EUR
v) Kreisverkehr Solitude-/Engelbergstraße, Weilimdorf	0,961 Mio. EUR
w) Kreisverkehr Otto-Hirsch-Brücke, Obertürkheim	0,608 Mio. EUR
x) Kreisverkehr Seeblickweg/Benzenäckerstraße, Neugereut	0,909 Mio. EUR
y) Kreisverkehr Imweg/Augsburger Straße, Obertürkheim	0,562 Mio. EUR
z) Rosengarten Villa Berg Sanierung	0,250 Mio. EUR
A) Freilichtbühne Killesberg Sanierung	1,883 Mio. EUR
B) Waldfriedhof Wegesanierung	0,527 Mio. EUR
C) Pragfriedhof Sanierung Plattenbelag Feierhalle	0,180 Mio. EUR
Stellen zur Umsetzung der obigen Maßnahmen	6 Stellen

Summe zusätzliche Investitionen 26,8 Mio. EUR

Summe 1. + 2. = 78,5 Mio. EUR

3. Zur Finanzierung dieser wichtigen Maßnahmen wird das Projekt Rosensteintunnel beendet.

Freiwerdende Investitionsmittel **+ 78,5 Mio. EUR**

Silvia Fischer

Peter Pätzold

Haushaltsantrag vom 22.10.2013	Nr. 438/2013
---------------------------------------	---------------------

Eingang bei: L/OB

Datum:

Uhrzeit:

Eingang bei: 10-2.1

Datum:

Uhrzeit:

Haushaltsantrag

Stadträtinnen / Stadträte - Fraktionen
Bündnis 90/DIE GRÜNEN-Gemeinderatsfraktion
Betreff
Haushalt 2014/15 Antrag Nr. 14
Mobile Sportflächen – Sport am Rand

Der Wasen ist groß und bietet an großen Teilen des Jahres zumindest am Rande Flächen, die nicht genutzt sind oder untergenutzt sind. Ein wesentlicher Teil des Neckarparks ist die Nutzung für Sport. Eine Ergänzung dieser Nutzung könnten mobile Sportflächen und -angebote in solchen Randzonen des Wasens sein. Wir haben dieses Thema sowohl in unserem Antrag 86/2012 als auch im Antrag 176/2012 thematisiert.

Wir sind der Auffassung, dass solche mobilen Sportflächen und Angebote eine gute Ergänzung zu den bestehenden Sportangeboten sind und vor allem den Druck auf andere Sportflächen etwas entlasten könnten.

Wie so etwas genau aussehen könnte, muss die Verwaltung zusammen mit geeigneten Akteuren, aber auch Vereinen, noch entwickeln.

Wir beantragen:

Für die Einrichtung mobiler Sportflächen im Bereich des Wasens und des Neckarparks

300.000 EUR

Silvia Fischer

Peter Pätzold

Eingang bei: L/OB

Datum:

Uhrzeit:

Eingang bei: 10-2.1

Datum:

Uhrzeit:

Haushaltsantrag

Stadträtinnen / Stadträte - Fraktionen

Bündnis 90/DIE GRÜNEN-Gemeinderatsfraktion

Betreff

Haushalt 2014/15 Antrag Nr. 15
Die Tante Emma der Zukunft

Die Nahversorgung in den Stadtteilen, insbesondere in den kleinen, ist gefährdet. Selbst manchem Bonusmarkt, mit dem die Lebensmittelversorgung vor Ort noch aufrecht erhalten werden konnte, droht wegen geänderter Bundesförderung das Aus. Ebenso haben viele kleine Lebensmittelläden hart zu kämpfen, um überhaupt noch existieren zu können. Das Thema Nahversorgung wird jedoch immer wichtiger, je älter die Gesellschaft wird. Gerade dann ist man darauf angewiesen, dass man schnell und nah die wichtigsten Dinge des Lebens einkaufen kann. Der Einkauf um die Ecke wird immer stärker an Bedeutung gewinnen, warum also nicht auch von Dorfladenkonzepten, wie z.B. Tante Emma 2.0, lernen? Eine Studie, die sich mit dem Einkaufsverhalten der Zukunft in Deutschland und der Schweiz beschäftigte, zeigt vier Konzepte auf:

Small Mart: Lokale Läden („Tante-Emma-Läden“) mit hoher sozialer und emotionaler Komponente, die zentral liegen und leicht zu erreichen sind.

Smart Mart: Technologisch gut vernetzte Kunden nehmen ihre individualisierten Produkte an Einkaufs- oder Abholstellen selber in Empfang.

All Mart: Große Läden, die bei niedrigen Logistikkosten ein umfangreiches und verändertes Sortiment anbieten, das konsequent auf Emotionalität ausgerichtet ist.

Call Mart: Online-basierte Ladenkonzepte, die aufgrund niedriger Logistikkosten Kunden mit einem hohen Anspruch an Funktionalität flexibel beliefern.

In der Stadtverwaltung sind die Wirtschaftsförderung mit dem Stadtteilmanager, das Amt für Liegenschaften sowie das Amt für Stadtplanung und Stadterneuerung schon länger mit dem Thema „Aufrechterhaltung der Nahversorgung“ befasst. Und natürlich sind die Handels- und Gewerbevereine vor Ort dabei wichtige Partner.

Wir beantragen:

Die Verwaltung stellt dar,

- wie ämterübergreifend ein Konzept zur Aufrechterhaltung der Lebensmittelversorgung entwickelt und dem Ladensterben entgegengewirkt werden kann.
- welche konkrete Möglichkeit für die Sicherung der Nahversorgung in den akut von der Schließung bedrohten Bonusmärkten besteht.

Silvia Fischer

Peter Pätzold

Haushaltsantrag vom 22.10.2013	Nr. 440/2013
---------------------------------------	---------------------

Eingang bei: L/OB

Datum:

Uhrzeit:

Eingang bei: 10-2.1

Datum:

Uhrzeit:

Haushaltsantrag

Stadträtinnen / Stadträte - Fraktionen
Bündnis 90/DIE GRÜNEN-Gemeinderatsfraktion
Betreff
Haushalt 2014/15 Antrag Nr. 16
Gärten für Kinder in Kitas

Ein blühender und grüner Garten ist ein Paradies und ein Abenteuer insbesondere für Kinder. Hier können Kinder das Jahr und seine Jahreszeiten erleben. Sie erleben Wachsen, g

Gedeihen und Vergehen. Durch das eigene Pflanzen von Blumen und Gemüse wächst ein direkter Bezug zur Natur. Gleichzeitig lernen die Kinder, woher das Gemüse und Obst überhaupt kommt.

Im Garten zu arbeiten entspannt. Im Garten zu spielen erfreut. Auf den Garten zu schauen erheitert. Einen Garten zu haben macht Arbeit und glücklich.

Wir finden es notwendig, dass gerade im Kitabereich der Freibereich nicht nur ein Spielbereich, sondern auch ein Erlebnisbereich ist. Und gerade hier kann ein Garten helfen. Gerade bei Kitas, welche Einschränkungen beim Gebäude, bei den Räumen oder auch im Umfeld hinnehmen müssen, wäre die Förderung eines kleinen Gartens eine Kompensation für diese Mängel. Auch könnten die jetzt geplanten Baukastenkitas damit aufgewertet werden. Kitas in dicht bebauten Bereichen könnten ein Stück Natur an die Kita holen.

Wir wollen ein Programm zur Förderung und Unterstützung für die Schaffung von Gärten an Kitas anstoßen.

Wir beantragen:

Förderung von Gärten an Kitas mit Nachteilen

150.000 EUR p. a.

Silvia Fischer

Peter Pätzold

Eingang bei: L/OB

Datum:

Uhrzeit:

Eingang bei: 10-2.1

Datum:

Uhrzeit:

Haushaltsantrag

Stadträtinnen / Stadträte - Fraktionen

Bündnis 90/DIE GRÜNEN-Gemeinderatsfraktion

Betreff

Haushalt 2014/15 Antrag Nr. 17

Kitas: Qualität, Sprache und Ausbildung fördern

I. Sachkostenpauschale

Von einigen freien Trägern wird vehement eine Erhöhung der Sachkostenpauschale gefordert. Die Verwaltung schlägt eine Erhöhung der Sachkostenpauschale um 10 Prozent vor.

Wir sehen diese Notwendigkeit einer Erhöhung der Pauschale, insbesondere um auch die Anstrengungen von Einrichtungen im Bereich der Berufsorientierung zu fördern. Deshalb soll aus unserer Sicht eine weitere Erhöhung mit einer Lenkungswirkung versehen werden. Der gravierende Fachkräftemangel bei Erzieherinnen und Erziehern kann mittelfristig nur behoben werden, wenn auch die Schüler und potentielle Auszubildende für diesen Beruf begeistert werden können.

Wir beantragen:

1. Die Sachkostenpauschale für Kitas wird für die Freien Träger um weitere 2 Prozent erhöht, wenn der Träger nachweisen kann, dass er zusätzliche erhöhte Kosten durch den Einsatz von Praktikanten, Bufdis etc. nachweisen kann.

260.000 EUR p. a.

II. Sprachförderung

Die Förderung der Sprache ist ein, wenn nicht der zentrale Baustein in den Stuttgarter Kitas. Dies muss weiter gefördert und ausgebaut werden, wie auch in GRDRs 607/2013 aufgeführt.

Wir beantragen:

2. Zur weiteren Förderung und zum Ausbau der Sprachförderung in Stuttgarter Kitas.

500.000 EUR p. a.

III. Flexible Öffnungszeiten

In der Vorlage 829/2013 schlägt die Verwaltung unter Punkt 4 vor, auf die Nachfrage nach mehr Flexibilität in der Kinderbetreuung zuzugehen. Es sollen in einer ersten Umsetzung erweiterte Öffnungszeiten inklusive Samstagsbetreuung und Platzsharing in jeweils 10 Bereichen umgesetzt werden. Allein die Verwaltung weiß weder, wie der Bedarf genau aussieht – es liegen gerade zwei Anträge vor. Eine systematische Bedarfserhebung gibt es nicht und außerdem fehlen trägerübergreifende Richtlinien hinsichtlich der konzeptionellen Richtlinien.

Wir Grünen teilen das Ziel der Flexibilisierung, wollen aber, dass die Maßnahmen auf den Bedarf und in der Frage der Qualität abgestimmt sind.

Wir beantragen:

3. Vor der sukzessiven Förderung der erweiterten und flexiblen Betreuung sind dem Gemeinderat sowohl eine Bedarfserhebung als auch zwischen den Trägern abgestimmte konzeptionelle Qualitätsstandards für diese Angebote vorzulegen.

Silvia Fischer

Peter Pätzold

Eingang bei: L/OB

Datum:

Uhrzeit:

Eingang bei: 10-2.1

Datum:

Uhrzeit:

Haushaltsantrag

Stadträtinnen / Stadträte - Fraktionen

Bündnis 90/DIE GRÜNEN-Gemeinderatsfraktion

Betreff

Haushalt 2014/15 Antrag Nr. 18
Schüler unterstützen**I. Lernmittel müssen frei sein**

In Baden-Württemberg ist die Lernmittelfreiheit in Artikel 14 Absatz 2 der Landesverfassung geregelt. Danach sind Unterricht und Lernmittel an öffentlichen Schulen unentgeltlich. Der Schulträger muss also im Rahmen des kommunalen Finanzausgleichs den Schulen die nötigen Mittel zur Verfügung stellen.

Die Realität an Stuttgarter Schulen sieht anders aus. Viele Eltern können ein Lied davon singen, dass sie viele Lernmittel selber finanzieren müssen. Der Budgetanteil der Schulen für Lernmittel muss oft zur Quersubventionierung von anderen Ausgaben erhalten. Wir halten diesen Budgetposition für unterfinanziert und aus diesen Grund

beantragen wir:

1. eine Aufstockung des Etats für Lernmittel um **200.000 EUR p. a.**

II. Politische Bildung ist wichtig

Der interkulturelle Ansatz der politischen Bildung im Projekt „Dialog macht Schule“ von S-IP erreicht insbesondere Schülergruppen aus bildungsbenachteiligten Milieus und ermutigt diese zur politischen Beteiligung. Jugendräte können durch Fortbildungen zur Gruppenarbeit mit der Dialogmethode ihre Arbeit effektiver gestalten.

Das Projekt wird bis Ende Februar 2014 aus Drittmitteln finanziert. Wir halten die Fortführung des Projekts mindestens bis zum Ende des Schuljahres 2014/15 für notwendig.

Wir beantragen:

2. Die Stelle des Projektkoordinators in Teilzeit (0,6-Stelle) wird von März 2014 bis August 2015 aus städtischen Mitteln finanziert.

III. Gemeinschaftsschulen

Gemeinschaftsschulen sind im Kommen. Auch in Stuttgart zeigen viele Schulen großes Interesse an der neuen Schulart. Der vom Gemeinderat beschlossene Unterstützungsfonds, über den Schulen über dieses neue Modell aufgeklärt und beraten werden können, ist stark nachgefragt. Für neun Schulen wurden bereits Mittel zur Unterstützung auf dem Weg zur Gemeinschaftsschule reserviert.

Durch die steigende Zahl an interessierten Schulen sind die Mittel des Unterstützungsfonds nicht ausreichend. Für eine qualitative Unterstützung ist eine Aufstockung des Fonds erforderlich.

Wir beantragen:

3. Für die Fortführung des Unterstützungsfonds werden zur Verfügung gestellt:

400.000 EUR

4. Die Mittel hierzu werden dem Budget „Bildungsförderung der Abteilung Stuttgarter Bildungspartnerschaft“ entnommen.

IV. Weiterentwicklung der Sozialarbeit an Stuttgarter Schulen

Bereits in den letzten Haushaltsberatungen haben wir einen Schwerpunkt auf den Ausbau der Schulsozialarbeit gelegt. Auch weil sich das Land unter Grün-Rot mittlerweile an der Finanzierung beteiligt, konnten mittlerweile bereits alle Förderschulen, alle Grund- und Werkrealschulen und alle Realschulen mit dem Angebot Schulsozialarbeit in einem Umfang von mind. einer 50-Prozent-Stelle je Schulstandort versorgt werden.

Bedarf sehen wir nun besonders bei den Gymnasien, an denen durch den großen Zustrom nach dem Wegfall der Grundschulempfehlung großer Handlungsbedarf besteht.

Zudem halten wir eine Aufstockung der Stellenressourcen für die Schulsozialarbeit an der Bismarckwerkrealschule (größter Werkrealschulstandort) von 50 Prozent auf 75 Prozent und an der an der Elise-von-König-Schule in Münster (Entwicklungs- und Erprobungsprozess im Rahmen der Umwandlung zur Gemeinschaftsschule) von 75 Prozent auf 100 Prozent für erforderlich.

Da wir alle Werkrealschulen mit der SZA ausgestattet haben, ist es konsequent, dies auch an den Sonderschulen mit dem Bildungsgang Werkrealschule zu tun.

Wir beantragen:

- | | |
|---|-------------|
| 5. Für die Schulsozialarbeit | |
| Für die Versorgung aller 24 Stuttgarter Gymnasien (24 x 0,5) | 12 Stellen |
| Für die Versorgung der Sonderschulen mit dem Bildungsgang
Werkrealschule (4 x 0,5) | 2 Stellen |
| Für die Bismarckschule und die Elise- von- König-Schule
jeweils eine 0,25 Stelle | 0,5 Stellen |

Insgesamt

14,5 Stellen

Silvia Fischer

Peter Pätzold

Eingang bei: L/OB

Datum:

Uhrzeit:

Eingang bei: 10-2.1

Datum:

Uhrzeit:

Haushaltsantrag

Stadträtinnen / Stadträte - Fraktionen

Bündnis 90/DIE GRÜNEN-Gemeinderatsfraktion

Betreff

Haushalt 2014/15 Antrag Nr. 19
Jugendhäuser, Jugendarbeit

Die Jugendhäuser in Stuttgart sind ein wichtiger Baustein der Stadtgesellschaft. Sie bieten den Jugendlichen Raum, Hilfe und Unterstützung. Sie sind für den jeweiligen Bezirk ein wichtiger sozialer und öffentlicher Treffpunkt. Einige sind ziemlich in die Jahre gekommen und brauchen eine Auffrischung, die zu einem Neubau führen wird. Insbesondere in Wangen und in Stuttgart-Süd müssen die Planungen für Neubauten angegangen werden. Das Jugendhaus Süd in Heschach soll sogar durch eine Stadtteilbücherei erweitert werden, um ein Defizit im Stadtteil auszugleichen und das Jugendhaus noch mehr zu einem öffentlichen Treffpunkt werden zu lassen.

Aber nicht nur die Jugendhäuser sind wichtig in der Jugendarbeit, die Arbeit an sich ist ebenso wichtig. Der Stadtjugendring arbeitet seit Jahren im Bereich der Prävention und der Aufklärung gegen Rechts. Diese Arbeit unterstützt auch die Bemühungen in der Stadt, wie beim Hotel Silber, die Erinnerung an die Rechten Umtriebe vor fast 70 Jahren aufrecht zu halten. Eine Unterstützung dieser wichtigen Jugendarbeit im Bereich der Aufklärung halten wir für notwendig.

Wir beantragen:

- | | |
|---|-------------------------|
| 1. Planungsmittel Jugendhaus Wangen | 130.000 EUR |
| 2. Planungsmittel Jugendhaus Stuttgart-Süd, Heschach | 200.000 EUR |
| 3. Unterstützung der Arbeit gegen Rechts beim Stadtjugendring durch eine halbe Stelle | 25.000 EUR p. a. |

Silvia Fischer

Peter Pätzold

Eingang bei: L/OB

Datum:

Uhrzeit:

Eingang bei: 10-2.1

Datum:

Uhrzeit:

Haushaltsantrag

Stadträtinnen / Stadträte - Fraktionen

Bündnis 90/DIE GRÜNEN-Gemeinderatsfraktion

Betreff

Haushalt 2014/15 Antrag Nr. 20
Orte der Begegnung für FamilienI. Kinder- und Familienzentren

Der Weg, Stuttgarter Kitas zu Kinder- und Familienzentren auszubauen, ist richtig und muss nach den bisherigen Kriterien (besonders ausgeprägte Armut und Bildungsbenachteiligung) fortgesetzt werden.

Bevor wir in eine Regelförderung gehen, wollen wir aber durch die noch nicht vorgelegte Evaluation erfahren, welche Mittel tatsächlich gebraucht werden und welche Maßnahmen wirksam sind. Im Laufe des Jahres 2014 wird es die erste Analyse und Beurteilung des Umsetzungsprozesses geben.

Wir beantragen:

1. Zunächst 6 weitere Kitas erhalten eine Förderung als KiFaZ in der Startphase. Dazu werden für das Jahr 2014 in den Haushalt eingestellt

Für das Jahr 2014:

120.000 EURII. Stadtteilzentren ausbauen

Der Ausbau der Stadtteil- und Familienzentren soll weiter vorangebracht werden. Dazu gehört die Aufstockung des Mütterzentrums Süd, des Hauses der Familie und einem neuen Stadtteil- und Familienzentrum in Raitelsberg.

Wir beantragen:

2. Zum Ausbau und zur Einrichtung eines weiteren Stadtteil- und Familienzentrums

139.500 EUR p. a.

III. Begegnungen in Stadtteilen fördern

Bislang gibt es noch keine abgestimmte Planung oder Steuerung, um Orte der Begegnung konzeptionell zu entwickeln und in den Stadtteilen bedarfsgerecht auszubauen. Für uns ist aber klar, Stadtteil und Familienzentren sind die Strukturen, die wir uns für die Stadt in Zukunft mehr als bisher wünschen. Dazu gehören auch die Kinder- und Familienzentren. Frühe Hilfen, Betreuung, Erziehung und Bildung müssen für Eltern, Kinder und die ganze Familien einen Raum haben. In GRDRs 628/2013 wird darauf hingewiesen.

Wir beantragen:

3. Die Verwaltung stellt dar, welche Stellen für ein befristetes Planungsprojekt „Orte der Begegnung im Gemeinwesen“ notwendig sind.

IV. Forum 3

Das Jugend- und Kulturzentrum Forum 3 hat einen Wasserschaden im Bereich Hofeinfahrt und Hof seines Gebäudes in der Gymnasiumstraße 19/21 zu beklagen.

Ohne eine Beseitigung dieser Schäden ist die langjährige und erfolgreiche Arbeit des Forum 3 gefährdet. Der Träger ist aber nicht in der Lage, die erheblichen Kosten dieser Sanierung in Höhe von geschätzt 240.000 EUR ohne Zuschuss zu tragen.

Wir beantragen:

4. Das Forum 3 erhält wie von ihm beantragt einen städtischen Investitionskostenzuschuss in Höhe von

140.000 EUR

V. Familienrat

In einer schwierigen Lebenssituation eine gute Lösung zu finden, ist schwer. Daher gibt es den Familienrat, der ein Treffen einer Familie mit Verwandten und Freunden ist, um in Lebenssituationen eine gute Lösung für die Zukunft ihres Kindes zu finden. In der Regel wird der Familienrat vom zuständigen Personal eines Beratungszentrums Jugend und Familie angeregt. Ziel ist es, dass die Familie mit Hilfe ihres sozialen Umfeldes selbst eine Lösung erarbeitet. Dies ist eine wichtige Funktion und Hilfe zur Selbsthilfe.

Wir beantragen:

5. Für die Unterstützung des Familienrats

270.000 EUR p. a.

Silvia Fischer

Peter Pätzold

Eingang bei: L/OB

Datum:

Uhrzeit:

Eingang bei: 10-2.1

Datum:

Uhrzeit:

Haushaltsantrag

Stadträtinnen / Stadträte - Fraktionen

Bündnis 90/DIE GRÜNEN-Gemeinderatsfraktion

Betreff

Haushalt 2014/15 Antrag Nr. 21
Kinder schützen**I. Kinderschutzzentrum**

In den letzten Haushaltsplanberatungen haben wir den Einstieg in 2 neue Angebote des Kinderschutzzentrums auf dem Gebiet der frühen Hilfen beantragt: den Aufbau eines Kindertherapiezentrum und das präventive Angebot Frühe Hilfen – Projekt „Zupf-t“. Beide Angebote wurden auch in den städtischen Haushalt aufgenommen.

Für den geplanten weiteren Ausbau sind, wie bereits zum Doppelhaushalt 2012/2013 vom Kinderschutzzentrum dargelegt, ab 2014 zusätzliche städtische Mittel notwendig.

Wir beantragen:

Wir beantragen daher die dauerhafte Aufstockung der Fördermittel für das Kinderschutzzentrum:

- | | |
|----------------------------------|---------------------------|
| 1. Für das Kindertherapiezentrum | 112. 500 EUR p. a. |
| 2. Für das Projekt „Zupf-t“ | |
| Im Jahr 2014: | 15.700 EUR |
| Im Jahr 2015: | 25.900 EUR |

II. Schwangerschaftskonfliktberatung

Die Beratungsstellen für Schwangere leisten einen wesentlichen Beitrag zur Existenzsicherung armer Familien, die oft eine Gefährdungslage bezogen auf den Kinderschutz aufweisen Auch der Anteil beratener allein erziehender Frauen liegt konstant bei etwa 25%.

Zur Verbesserung und Unterstützung dieser Beratung ist es notwendig bei der Evangelischen Gesellschaft (eva) zusätzliche Stellen zu fördern.

Wir beantragen:

3. Für die Schwangerschaftskonfliktberatung der eva 2,0 Stellenanteile.

46.125 EUR p. a.

Silvia Fischer

Peter Pätzold

Eingang bei: L/OB

Datum:

Uhrzeit:

Eingang bei: 10-2.1

Datum:

Uhrzeit:

Haushaltsantrag

Stadträtinnen / Stadträte - Fraktionen

Bündnis 90/DIE GRÜNEN-Gemeinderatsfraktion

Betreff

Haushalt 2014/15 Antrag Nr. 22
Neu in der StadtI. Sprachkurse für Seiteneinsteiger

Der Zustrom von Neubürgern nach Stuttgart nimmt deutlich zu. Das bedeutet aber auch, dass viele Kinder und Jugendliche als Quereinsteiger in unser Bildungssystem bzw. in unsere Schulen kommen. Wichtig ist es, ihnen durch einen auf Erwerb der deutschen Sprache basierenden Unterricht die Integration in den Regelunterricht zu ermöglichen. Dies geschieht in so genannten ‚Internationalen Vorbereitungsklassen‘ (IVK). Flankierend dazu gibt es auch kommunale Bildungsangebote für diese Kinder und Jugendlichen, die teilweise aus Projektmitteln finanziert sind.

Wir sind der Meinung, dass wir das große individuelle Potential dieser Kinder stärken müssen, nicht zuletzt um zu zeigen, dass die Stadt Stuttgart hier Willkommenskultur konkret umsetzt.

Wir beantragen:

1. Zusätzlich zu den über den Qualitätsentwicklungsfonds finanzierten drei Sprachkursen werden die Mittel in diesem Bereich aufgestockt, um so die Möglichkeit für zwei weitere Kurse zu schaffen

40.000 EUR p. a.II. Minderjährige Flüchtlinge

Die Zahl der Flüchtlinge und Asylsuchenden nimmt leider zu. Daher nimmt auch die Anzahl der unbegleitenden minderjährigen Flüchtlinge zu. Diese notwendige Vormundschaft wird auch durch die Arbeitsgemeinschaft Dritte Welt e.V. sichergestellt.

Wir beantragen:

2. Zur Unterstützung der Arbeitsgemeinschaft Dritte Welt e.V. bei der Vormundschaft unbegleiteter minderjähriger Flüchtlinge

36.800 EUR p. a.

Silvia Fischer

Peter Pätzold

Haushaltsantrag vom 22.10.2013	Nr. 447/2013
---------------------------------------	---------------------

Eingang bei: L/OB

Datum:

Uhrzeit:

Eingang bei: 10-2.1

Datum:

Uhrzeit:

Haushaltsantrag

Stadträtinnen / Stadträte - Fraktionen
Bündnis 90/DIE GRÜNEN-Gemeinderatsfraktion
Betreff
Haushalt 2014/15 Antrag Nr. 23
Unser Olgäle

Im vorgelegten Doppelwirtschaftsplan 2014/15 des Klinikums klafft trotz der im Krankenhausausschuss vorgestellten Optimierungsmaßnahmen, die bereits einschneidende Einsparungen mit sich bringen, eine Lücke in Höhe von 5 Mio. EUR. Sie wird im vorgelegten Wirtschaftsplan dadurch geschlossen, dass nicht leistungsgerecht vergütete Leistungen eingeschränkt oder nicht mehr erbracht werden sollen.

Dies muss bei unserem Kinderkrankenhaus jedoch unbedingt vermieden werden.

Einerseits verursachen Ambulanzen des Olgahospitals derzeit ein Defizit von rd. 3 Mio. EUR und im Jahr 2012 sorgten Extremkostenfälle in Höhe von 3,5 Mio. EUR zusätzlich für ein Defizit. Andererseits sind die am stärksten davon betroffenen Abteilungen Neonatologie, Kinderonkologie und Kinderkardiologie „Leuchttürme“ unseres Kinderkrankenhauses.

Leider ist auch weiterhin nicht mit einer auskömmlichen Kostenerstattung durch die Krankenkassen zu rechnen.

Mit der ursprünglich für Ende 2012 geplanten Inbetriebnahme des Olgahospitals am neuen Standort und der Abfederung des Übergangs durch den städtischen Zuschuss bis Ende 2013 sollten in der Folge verbesserte Strukturen und Abläufe zum Abbau des Defizits beitragen. Der durch den Wasserschaden am Neubau des neuen Olgahospitals auf Mai nächsten Jahres verschobene Umzug verschärft nun die Situation gravierend, da die berechnete Effizienzrendite entsprechend später eintreten wird.

Wir sehen deshalb die Notwendigkeit, dass die Stadt als Träger des Klinikums das Olgahospital bei der Finanzierung notwendiger Aufwendungen zur Versorgung der kleinen Patienten unterstützt

und beantragen

für die Jahre 2014 und 2015

jeweils 5 Mio. EUR

Silvia Fischer

Peter Pätzold

Haushaltsantrag vom 22.10.2013	Nr. 448/2013
---------------------------------------	---------------------

Eingang bei: L/OB

Datum:

Uhrzeit:

Eingang bei: 10-2.1

Datum:

Uhrzeit:

Haushaltsantrag

Stadträtinnen / Stadträte - Fraktionen
Bündnis 90/DIE GRÜNEN-Gemeinderatsfraktion
Betreff
Haushalt 2014/15 Antrag Nr. 24
Welthaus Stuttgart

Im Sommer haben sich Eine-Welt-Gruppen und MigrantInnen-Organisationen zum Verein "Welthaus Stuttgart" zusammengeschlossen mit dem Ziel, ein Stuttgarter Welthaus als öffentliches Zeichen einer global verantwortungsbewussten und weltoffenen Stadtgesellschaft zu etablieren.

Das Projekt ist auf gutem Weg: Die Anmietung der Räume des zentral gelegenen und durch den ÖPNV angeschlossenen Instituts für Auslandsbeziehungen (ifa) im Alten Waisenhaus wird geprüft. Die Konzeption steht weitgehend und sieht u. a. einen City Weltladen vor, in dem die Bürgerinnen und Bürger Stuttgarts in zentraler und ÖPNV-angeschlossener Lage umwelt- und sozial-bewusst einkaufen und sich über nachhaltige Lebensstile informieren können. Ebenso ein „Welt-Café“ als Begegnungsstätte der Kulturen und Nationalitäten, die in Stuttgart leben, mit Infopoint und vielseitigem Veranstaltungsprogramm.

Den Betrieb des Welthauses würde der Verein Welthaus Stuttgart in Zusammenarbeit mit den Eine-Welt-Gruppen und MigrantInnen-Organisationen übernehmen.

Als weltbewusste Partei zollen wir dem Projekt große Anerkennung und sind überzeugt, dass Stuttgart ein Welthaus braucht.

Wir beantragen:

Das Welthaus Stuttgart wird unterstützt mit

100.000 EUR p. a.

Silvia Fischer

Peter Pätzold

Eingang bei: L/OB

Datum:

Uhrzeit:

Eingang bei: 10-2.1

Datum:

Uhrzeit:

Haushaltsantrag

Stadträtinnen / Stadträte - Fraktionen

Bündnis 90/DIE GRÜNEN-Gemeinderatsfraktion

Betreff

Haushalt 2014/15 Antrag Nr. 25

Partizipierende Planungs- und Beteiligungsprozesse

Beteiligungsprozesse in der Stadtgesellschaft sind wichtig. Zum einen um die Akzeptanz zu erhöhen, aber – und das ist wichtiger – um gemeinsam eine Lösung zu erarbeiten.

Um solche Entscheidungsprozesse auch zu unterstützen, gehören bei solchen Planungen auch Gutachten und Untersuchungen dazu, um begleitend die Meinung und die Stellungnahme von Fachleuten einzuholen.

Bei der zukünftigen Entwicklung des Eiermann-Campus in Vaihingen ist es wichtig, dass sowohl die ganzen Fragen zu den Themen Verkehrserschließung, Naturschutz, Lärm, etc., aber auch die Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger berücksichtigt wird. Dieser Prozess und die Planung ist federführend von der Verwaltung zu betreiben.

Ebenso ist es wichtig, auf die ganze Stadt gesehen die Bürgerbeteiligungsprozesse weiter zu entwickeln und zu evaluieren. Dazu braucht es ein Budget, um diese Aufgabe auch zu erledigen.

Wir beantragen:

- | | |
|--|-------------------------|
| 1. Partizipativer Planungsprozess Eiermann-Campus | 200.000 EUR |
| 2. Entwicklung Bürgerbeteiligungsprozesse in der Stadt | 50.000 EUR p. a. |

Silvia Fischer

Peter Pätzold

Eingang bei: L/OB

Datum:

Uhrzeit:

Eingang bei: 10-2.1

Datum:

Uhrzeit:

Haushaltsantrag

Stadträtinnen / Stadträte - Fraktionen

Bündnis 90/DIE GRÜNEN-Gemeinderatsfraktion

Betreff

Haushalt 2014/15 Antrag Nr. 26
Kreative WirtschaftI. Kreative Filmwirtschaft

Die „FMX Conference on Animation, Effects, Games and Transmedia“ ist Europas einflussreichste Konferenz für digitales Entertainment und ist inzwischen weitaus mehr als das angeschlossene Internationale Trickfilmfestival. Im Bereich der digitalen Animation und des digitalen Films hat Stuttgart inzwischen eine kreative Nische besetzt, die jetzt auch zu einem wirtschaftlichen Faktor wird. Firmen, von Studenten hier gegründet wie Pixomondo, haben einen guten Ruf in der weiten Welt. Mit diesem Ruf wird auch Stuttgart verbunden. Die FMX passt nicht mehr in die Kultursparte, sondern gehört zur Wirtschaftsförderung. Denn hier hat sich die kreative Szene hin zu einer kreativen Wirtschaftsnische entwickelt. Wir sind deshalb der Auffassung, dass die FMX von der Stadt gefördert gehört und damit auch der wirtschaftliche Aspekt des Bereichs Animation etc.

Wir beantragen:

1. Die Zuordnung des Themas FMX wird aus dem Kulturbereich hin zur Wirtschaftsförderung verlagert.
2. Die Stadt Stuttgart fördert ab 2014 die FMX mit **100.000 EUR p. a.**

II. Agentur für kreative Zwischennutzung

Die kreative Zwischennutzung ehemaliger Wohn-, Büro- oder Produktionsräume beflügelt die Stadtentwicklung und schafft Labore für eine lebendige und zukunftsfähige Stadt. Jungen Kreativunternehmen, Existenzgründern und Künstlern bieten die interimistisch genutzten Wohn-, Arbeits- und Ausstellungsräume beste Startchancen. Kreative Freiräume halten junge Kreativ- und Medienschaffende wie Designer, Gestalter, Architekten, Filmschaffende, Werber, Musiker usw. in der Stadt. Damit fördern sie die Kreativwirtschaft und sind Ausdruck eines nachhaltigen Umgangs mit der Bausubstanz und dem knappen Flächenangebot. Daher wollen wir die bei der Wirtschaftsförderung der Stadt

angesiedelte „Agentur für kreative Freiräume“ stärken und weiterentwickeln.

Wir beantragen:

3. Weiterentwicklung Agentur für kreative Freiräume **50.000 EUR**

Silvia Fischer

Peter Pätzold

Eingang bei: L/OB

Datum:

Uhrzeit:

Eingang bei: 10-2.1

Datum:

Uhrzeit:

Haushaltsantrag

Stadträtinnen / Stadträte - Fraktionen

Bündnis 90/DIE GRÜNEN-Gemeinderatsfraktion

Betreff

Haushalt 2014/15 Antrag Nr. 27
Kultur stärken

In der Vorlage 264/2013 hatte die Verwaltung einen Bericht zur strukturellen Unterfinanzierung institutionell geförderter Kultureinrichtungen vorgelegt. Wir begrüßen die Intention der Vorlage ausdrücklich.

Die Verwaltung hat hierfür einen Finanzrahmen vom 1,0 Mio. EUR pro Jahr in der „grünen Liste“ eingestellt.

Wir sind der Auffassung, dass ergänzend zu dieser Förderung und Stärkung der Kulturlandschaft zusätzlich 600.000 EUR notwendig sind, um Impulse zu Neuentwicklungen bestehender Einrichtungen und für Akzente der Kulturpolitik in der Kulturellen Bildung zu setzen oder für Neue Kunstformen im öffentlichen Raum.

Wir beantragen daher:**600.000 EUR p. a.**

für den Bereich Kultur, die wie folgt eingesetzt werden sollen:

I. Neue Impulse für Einrichtungen und Kunst und Kultur in der Stadt**1. Die Volkshochschule vor Neuen Herausforderungen**

Demographischer Wandel, verändertes Nutzerverhalten, Maßnahmen der Umstrukturierung, das Herausarbeiten von Kernaufgaben und der Weg in die Stadtbezirke sind Herausforderungen für die vhs in den nächsten Jahren. Wir möchten diesen Weg der vhs konstruktiv begleiten. Die Förderung für die vhs wird erhöht um
200.000 EUR p. a.

**2. Kulturpädagogik und Kulturvermittlung
Künstler in die Schulen / Schulen zu Kunst und Kultur**

Kulturelle Bildung anzustoßen und weiter zu ermöglichen, ist eine Schwerpunktaufgabe kommunaler Kulturförderung und spiegelt sich sowohl in den Forderungen aus dem Prozess Kultur im Dialog wie auch im Kulturentwicklungsplan des Kulturamtes. Viele Einrichtungen leisten hier herausragende Arbeit.

Wir wollen mit dem folgenden Antrag noch einen weiteren Anstoß dazu geben:

a) Kunst und Kultur in die Schule

Im Ausschuss für Kultur und Medien wie auch im Schulbeirat wurde auf unseren Antrag hin das Düsseldorfer Modell Künstler an Schulen bzw. Jugendeinrichtungen vorgestellt. Auch wir finden es sehr reizvoll, auf der Basis der Möglichkeiten analog des zweiten vorgestellten Modells ein Stuttgarter Modell zu entwickeln und ermutigen die Kulturverwaltung, hierzu Vorschläge zu entwickeln. In Düsseldorf gibt es Künstlerpools und die Möglichkeit, über das Modell eine Anzahl von Einheiten zu "buchen". Davon können Schulen und Einrichtungen sowie Künstler und am Ende besonders die Kinder und Jugendlichen profitieren. Hierbei leistet das dortige Kulturamt die Koordination und die Auswahl der Angebote. Damit haben die Schulen einen verlässlichen Ansprechpartner.

b) Jugendliche zur Kunst und Kultur in Stuttgart:

Jeder junge Mensch sollte über die Schule den Zugang zu Kunst und Kultur durch den Besuch eines Theaters, einer Opernaufführung, eines Ballettabends, einer Tanzperformance, eines Konzertes in der Liederhalle, eines Jazzclubs und damit zur professionellen künstlerischen Darbietung erhalten. Die Landeshauptstadt Stuttgart verfügt wie keine andere Stadt in Baden-Württemberg über eine herausragende professionelle Kulturlandschaft und damit über eine hohe Ressource. Doch oft gibt es Vermittlungs- und Koordinationsschwierigkeiten zwischen Kunst und Schule. Deshalb benötigt dies eine professionelle Koordination.

Durch die etatisierten 150.000 EUR in der grünen Liste zur Kulturpädagogik stehen dem Kulturamt auch unter dessen neuer Leitung für Stellenanteile bei mupädi oder bei der Kulturvermittlung wie auch für Sachmittel zur Verfügung, damit dieses Modell der kulturellen Bildung zu einem erfolgreichen Stuttgarter "Kulturpakt" zwischen Schule, Kunst und Kultur und der Kulturpolitik / dem Kulturamt vorangetrieben werden kann. Wir tragen mit diesem Antrag auch gerne der Forderung, kulturelle Bildung zu ermöglichen und zu fördern, aus dem Prozess "Kultur im Dialog" wie aus dem Kulturentwicklungsplan Rechnung.

Daher beantragen wir:

1. Die Verwaltung stellt zu den Haushaltsberatungen dar, wie die Intention des Antrags mit welchen Mitteln erreicht werden kann.
2. Zur Begleitung der Umsetzung wird der vor Jahren ins Leben gerufene "AK Kulturelle Bildung", der in den letzten Jahren leider zum Erliegen kam, unter Leitung der neuen Amtsleitung wieder einberufen.

**3. Kunst und Performance im Öffentlichen Raum
Interdisziplinäre Formen in der Stadt**

Innovative Projekte, interdisziplinäre Kunstformen können eine Stadt bereichern und das urbane Lebensgefühl in der Stadt stärken. Für viele Formen gibt es hierzu keine geeigneten Antragsmöglichkeiten.

Wir möchten mit diesem Antrag einen Impuls geben, diesen Kunstformen sowohl Raum als auch finanzielle Ressourcen zu ermöglichen, auch ein zentraler Auftrag aus der Arbeit von Kultur im Dialog. Eine Jury entscheidet über die Vergabe der Mittel. Im

Ausschuss Kultur und Medien wird über die Umsetzung sowie im Sommer 2015 über den Verlauf berichtet.

Wir beantragen daher:

Ein entsprechender Innovationsfonds wird beim Kulturamt eingerichtet.

80.000 EUR p. a.

**4. Tanzstadt Stuttgart
COLOURS FESTIVAL**

Eric Gauthier kann Menschen begeistern für seine Arbeit. Nachdem uns Kulturvermittlung eine wichtige Aufgabe städtischer Kulturpolitik ist, ist es nur folgerichtig, das Tanzfestival COLOURS 2015 mit zu ermöglichen.

Stuttgart ist eine Stadt des Tanzes. Die internationale Strahlkraft des Stuttgarter Balletts ist ungebrochen. Eric Gauthier hat neue Akzente gesetzt. Der Ministerpräsident des Landes Baden-Württemberg formulierte es so: „In unserer Landeshauptstadt ist eine ganz außergewöhnliche Tanz- und Ballett-Tradition beheimatet. Und diese Tradition lebt! Eine ihrer frischesten und farbigsten Blüten ist die erst 2007 am Stuttgarter Theaterhaus gegründete Dance Company unter der Leitung des Choreographen, Tänzers und Musikers Eric Gauthier.“

Wenn sich Gauthier aufmacht, ein Festival zu konzipieren, hochrangig besetzt und doch niederschwellig auf öffentlichen Plätzen mit Veranstaltungen und Aktionen zu punkten, kann man getrost annehmen, dass dies ein Erfolg für die Landeshauptstadt Stuttgart wird.

Wir beantragen daher:

Die Landeshauptstadt Stuttgart unterstützt das Festival mit einem einmaligen Zuschuss von 250.000 EUR:

125.000 EUR p. a.

5. Die Neue Rosenau

Die Rosenau war durch bekannte Umstände gezwungen, quasi einen Neustart zu wagen. Dies geht durch die Veränderungen in Struktur und Aufbau nur mit einem deutlich erhöhten Zuschuss.

Wir beantragen daher:

Die Förderung für die Rosenau wird auf 160.000 EUR p. a. erhöht. 160.000 EUR p. a.

6. Film in Stuttgart

Die Planungen zum Filmhaus sind im Doppelhaushalt 2014/15 mit 150.000 EUR etatisiert.

Darüber hinaus beantragen wir folgende Förderungen im Bereich Film:

Die Stuttgarter Kinderfilmtage sind eine wertvolle Arbeit für Stuttgarter Kinder und Jugendliche. Wir beantragen daher, diese mit 10.000 EUR p. a. besser zu fördern.

10.000 EUR p. a.

Das Trickfilmfestival konnte leider mit der sinnvollen Erhöhung im letzten Doppelhaushalt nicht berücksichtigt werden. Wir beantragen seitens der Landeshauptstadt Stuttgart der FMF zu erhöhen.

21.000 EUR p. a.

II. Strukturelle Unterfinanzierung angehen, Übergänge gestalten

Für die Aufteilung der schon im Haushalt über die „grüne Liste“ eingestellten 1,0 Mio. EUR/a haben wir schon genaue Vorstellungen.

Daher beantragen wir folgende Aufteilung dieser Summe:

1. “JES“, Junges Ensemble Stuttgart leistet seit 10 Jahren eine weit über Stuttgart hinaus vielbeachtete Arbeit in der kulturellen Bildung und Kulturvermittlung. Wir folgen hier gerne dem Vorschlag der Verwaltung. Die Förderung wird erhöht um
190.000 EUR p. a.
2. Das Theaterhaus Stuttgart erhält eine Erhöhung von
70.000 EUR p. a.
3. Theater Die Rampe: Durch eine zusätzliche Förderung möchten wir besonders dem Start der neuen Intendanz weitere Möglichkeit der Entwicklung geben. Die Rampe erhält eine Erhöhung von
70.000 EUR p. a.
4. Auch die Stuttgarter Bachakademie mit dem Musikfest Stuttgart hat ein neues Team an der Spitze der Institution und erhält eine Erhöhung von
75.000 EUR p. a.
5. tri-bühne erhält eine Erhöhung von
20.000 EUR p. a.
6. Das Theater der Altstadt im Westen erhält eine Erhöhung von
20.000 EUR p. a.
7. Das studio theater stuttgart erhält eine Erhöhung von
60.000 EUR p. a.
8. Das Forum Theater erhält eine Erhöhung von
40.000 EUR p. a.
9. Das FITZ erhält eine Erhöhung von
40.000 EUR p. a.
10. Das Theater in der Badewanne erhält eine Erhöhung von
22.000 EUR p. a.
11. Aus Vorlage 443/2013 Die Stuttgarter Kriminächte erhielten bisher eine Förderung über den Projektmittelfonds Literatur. Das Festival hat sich innerhalb der kurzen Zeit in Stuttgart etabliert. Um weiter planen zu können, ist eine Aufnahme in die institutionelle Förderung sinnvoll. Die Kriminächte erhalten

- 10.000 EUR p. a.
12. Die Stuttgarter Mundarttheater haben sich zu einer Gemeinschaft für einige Aufgabenfelder zusammengeschlossen. Wir begrüßen diesen Schritt und beantragen zur Unterstützung
- 4.500 EUR p. a.
13. Das Forum der Kulturen erhält eine Erhöhung von
- 30.000 EUR p. a.
14. Das Institut francais, vor wenigen Tagen in neue Räume gezogen, leistet einen großen Beitrag des kulturellen Austausches. Wir würdigen dieses Engagement und wollen dies durch eine kleine Förderung unterstützen.
- 10.000 EUR p. a.
15. Die Akademie für das gesprochene Wort steht vor einem Wechsel. Dieser Entwicklung beantragen wir, durch eine Erhöhung des Zuschusses eine Chance zu geben.
- 50.000 EUR p. a.
16. Das Schriftstellerhaus erhält eine Erhöhung von
- 12.000 EUR p. a.
17. Aus Vorlage 452/2013. Damit die Fortführung der Arbeit des Vereins Leseohren e.V. gesichert ist, muss dieser in die institutionelle Förderung aufgenommen werden. Wir beantragen eine Förderung
- 40.000 EUR p. a.
18. Die Kinderbuchwochen erhalten eine Förderung von
- 10.000 EUR p. a.
19. Das Stuttgarter Kammerorchester, auch hier hat es Wechsel gegeben, erhält eine Erhöhung von
- 40.000 EUR p. a.
20. Musik der Jahrhunderte/Eclat erhält eine Erhöhung von
- 30.000 EUR p. a.
21. Das Musik Podium Stuttgart erhält eine Erhöhung von
- 30.000 EUR p. a.
22. Der Württembergische Kammerchor hat die bescheidene Summe von 2.500 EUR p. a. beantragt. Wir beantragen diese Erhöhung auch um das große Engagement des Chorleiters für die Musik in Stuttgart zu würdigen.
- 2.500 EUR p. a.
23. Die IG Jazz leistet ihren Beitrag zur Sichtbarmachung des Jazzstandorts Stuttgart, der sich in den letzten Monaten durch äußere Umstände bedingt, zu einer beachtlichen Außenwirkung durchringen musste. Für die Vernetzungsarbeit wie auch für die Ansätze der kulturellen Bildung beantragen wir eine Erhöhung des Zuschusses um
- 24.
- 10.000 EUR p. a.

25. Aus Vorlage 442/2013 beantragen wir zur Förderung der Laienmusik
57.000 EUR p. a.
26. Dem Württembergischen Kunstverein, WKV, haben wir bei der HSK 2009 die
Zuschüsse gekürzt. Manche Projekte sind nicht mehr möglich gewesen. Hier
beantragen wir eine Erhöhung des Zuschusses um
45.000 EUR p. a.
27. Für das Künstlerhaus (dito) beantragen wir eine Erhöhung von
12.000 EUR p. a.

Silvia Fischer

Peter Pätzold

Eingang bei: L/OB

Datum:

Uhrzeit:

Eingang bei: 10-2.1

Datum:

Uhrzeit:

Haushaltsantrag

Stadträtinnen / Stadträte - Fraktionen

Bündnis 90/DIE GRÜNEN-Gemeinderatsfraktion

Betreff

Haushalt 2014/15 Antrag Nr. 28
Hilfe bei Wohnungslosigkeit

I. Fachstelle für Wohnungslosigkeit

Mit dem Bericht zu der in den vergangenen Haushaltsplanberatungen geschaffenen Stelle für die aufsuchende Arbeit in der Zentralen Fachstelle zur Verhinderung von Wohnungslosigkeit wurde klar, dass diese einmütig geschaffene Stelle eine Erfolgsgeschichte ist (GRDrs 890/2013). Es wurde aber auch deutlich, dass noch knapp die Hälfte der betreffenden Personen nicht versorgt werden konnte und auch keine zweiten Termine angeboten werden konnten. Damit wurden weniger Menschen vor der Wohnungslosigkeit und deren immensen persönlichen und – auch für die Stadt – finanziellen Folgen bewahrt, als dies möglich wäre. Mit einer weiteren Stelle könnte dementsprechend nicht nur viel geholfen, sondern auch erheblich an Kosten eingespart werden.

Wir beantragen daher:

1. In der Zentralen Fachstelle für Wohnungslosigkeit wird eine weitere Stelle zur Verhinderung von Wohnungslosigkeit und für aufsuchende Arbeit geschaffen.

Schaffung einer Stelle:

55.000 EUR p.a.

II. Wohnungsnotfallhilfe

Das System der Wohnungsnotfallhilfe ist durch den Mangel an günstigem Wohnraum im Allgemeinen und von Sozialwohnungen im Besonderen verstopft. Die regionalen und zielgruppenspezifischen Fachberatungsstellen der Wohnungsnotfallhilfe beklagen angesichts deutlicher Fallzahlensteigerung zunehmende Engpässe bei den Personalkapazitäten. Sozialarbeiterische Maßnahmen in der Prävention können nicht mehr in dem Maß durchgeführt werden, wie dies erforderlich wäre (GRDrs 226/2013). Allerdings lässt sich aus den Zahlen auch heraus lesen, dass die Fallzahlsteigerungen höchst unterschiedlich ausfallen. Insofern sollte vor der 1. Lesung dargestellt werden, für welche Bereiche der regionalen und zielgruppenspezifischen Fachberatung in der Wohnungsnotfallhilfe welche Stellenanteile benötigt werden.

Wir beantragen daher:

2. Abhängig von den weiteren Erläuterungen zum Personalbedarf werden in den regionalen und zielgruppenspezifischen Fachberatungsstellen der Wohnungsnotfallhilfe bis zu 2,5 zusätzliche Stellen gefördert.

Erhöhung des Zuschusses:

bis zu 188.000 EUR p. a.

III. Fachberatung Wohnungsnotfallhilfe

Wertvolle Fachberatung der Wohnungsnotfallhilfe wird auch in Tagesstätten für Menschen mit besonderen sozialen Schwierigkeiten geleistet. Hier gelingt es, die Betroffenen an das Hilfesystem anzubinden. Hier leistet das innovative, auf dem Selbsthilfeansatz und der Mitwirkung der Besucher basierende Konzept der Tagesstätte „Cafe 72“ sehr gute Arbeit, ist jedoch in Folge des starken Zulaufs mit dem vorhandenen Personal an seine Grenzen gekommen (GRDRs 302/2013).

Der Tagestreff für Frauen „Femmetastisch“ des Sozialdienstes katholischer Frauen e.V. wiederum benötigt nach dem Umbau der Tagesstätte und dem Flächenzuwachs für gestiegene Raumkosten eine Erhöhung der städtischen Förderung.

Wir beantragen daher:

3. Der Personalansatz in der Tagesstätte des Café 72 der Ambulanten Hilfe wird um 0,75 Stellen erhöht.

47.000 EUR p. a.

4. Der Mietkostenzuschuss für den Tagestreff „Femmetastisch“ des Sozialdienstes katholischer Frauen e.V. wird erhöht.

12.000 EUR p. a.

IV. Bahnhofsmision

Auch die ökumenische Bahnhofsmision ist eine wichtige Anlaufstelle für Menschen in sozialen und existenziellen Notlagen, u. a. Wohnungslosigkeit, insbesondere in der Nacht. Da die öffentlichen Zuschüsse von Land und Stadt seit Jahrzehnten nicht mehr angemessen erhöht wurden, mussten die Angebote, u. a. die Nachtöffnung, sukzessive eingeschränkt werden (GRDRs 398/2013).

Wir beantragen daher:

5. Durch eine Anpassung der städtischen Förderung wird von Seiten der Bahnhofsmision die Nachtöffnung wieder aufgenommen.

29.000 EUR p. a.

V. Wohnungsnot und Sucht

Wohnungslosigkeit ist an sich zunächst nicht nur ein Problem für die wohnungslosen Menschen, sondern sie ist meist auch das Resultat von vorgelagerten und unbearbeiteten Problemstellungen, so oftmals auch von Suchtproblemen. Diese Problemlagen verschwinden nun nicht mit dem Eintreten in das System der Wohnungsnotfallhilfe, sondern bedürfen einer Aufarbeitung in dem neuen Umfeld. Um dies in einer hohen Qualität gewährleisten zu können, ist ein Minimum an Vernetzung der in der Wohnungsnotfallhilfe tätigen Suchtberater notwendig (GRDrs 473/2013).

Wir beantragen daher:

6. Es werden 0,2 Stellenanteile zur Koordination der Systeme der Wohnungsnotfallhilfe und der Suchthilfe beim Träger LaGaya geschaffen.

Einführung eines Zuschusses:

24.000 EUR p. a.

VI. Fürsorgeunterkünfte

Bewohnerinnen und Bewohner von Fürsorgeunterkünften werden mit der Neukonzeption für die Fürsorgeunterkünfte inzwischen sehr erfolgreich befähigt, ihre individuellen Notlagen zu überwinden und in reguläre Mietverhältnisse vermittelt (GRDrs 340/2013). Die Einführung der intensiv aufsuchenden Sozialarbeit im Streubesitz ermöglicht es ganz konkret, auch Menschen in den gestreuten Fürsorgeunterkünften zu befähigen, ihre spezielle Situation sowohl im Bereich des Wohnens als auch in finanzieller Hinsicht zu verbessern. Allerdings kann eine Versorgung aller Haushalte in den gestreuten Fürsorgeunterkünften nur durch eine Erhöhung der bisherigen Stellen gewährleistet werden und die städtische Finanzierung der derzeitig bestehenden Stellen bei den freien Trägern läuft Ende 2013 aus.

Wir beantragen daher:

7. Für die Fortführung und bedarfsgerechtere Aufstockung des Angebots an intensiv aufsuchender Sozialarbeit im Streubesitz werden 3 mal 0,5 Stellenanteile bei den freien Trägern finanziert.

Fortführung und Aufstockung des Zuschusses:

100.650 EUR p. a.

Silvia Fischer

Peter Pätzold

Eingang bei: L/OB

Datum:

Uhrzeit:

Eingang bei: 10-2.1

Datum:

Uhrzeit:

Haushaltsantrag

Stadträtinnen / Stadträte - Fraktionen

Bündnis 90/DIE GRÜNEN-Gemeinderatsfraktion

Betreff

Haushalt 2014/15 Antrag Nr. 29

Gesundheit – Selbsthilfe stärken, Prävention und Beratung fördern

- 2 -

I. Selbsthilfe

Die Selbsthilfekontaktstelle KISS Stuttgart e.V. ist eine wichtige Institution in der fachlichen, organisatorischen und finanziellen Unterstützung von Selbsthilfegruppen in Stuttgart. Ihre wichtige Arbeit hat in den vergangenen Jahren eine erhebliche qualitative Verbesserung und quantitative Erweiterung erfahren, die nur mit einer erhöhten Förderung für die gestiegenen Personalkosten und den angewachsenen Raumbedarf der Selbsthilfegruppen auf dem heutigen Niveau fortgesetzt werden kann (GRDRs 258/2013).

Wir beantragen daher:

1. Zur Sicherung der Qualität und Breite der Selbsthilfearbeit in Stuttgart wird der städtische Zuschuss an die Selbsthilfekontaktstelle KISS e.V. erhöht.

Erhöhung des Zuschusses:

31.600 EUR p. a.**II. Gesundheitsladen e. V. (Mädchengesundheitsladen und Jungen im Blick)**

Die große Nachfrage nach den beiden Angeboten „Mädchengesundheitsladen“ und „Jungen im Blick“ können von dem Träger Gesundheitsladen e.V. mit den derzeit vorhandenen Personalressourcen bei weitem nicht mehr gedeckt werden.

Der Träger hat daher zum Doppelhaushalt 2014/15 einen Antrag auf die Förderung von zwei zusätzlichen Fachkraftstellen beim Jugendamt gestellt.

Da dieses Angebot für uns einen hohen Stellenwert besitzt, beantragen wir eine dauerhafte Aufstockung der Fördermittel für zwei zusätzliche Stellen beim Gesundheitsladen e.V.:

Wir beantragen:

2. Die Fördermittel für den Gesundheitsladen e.V. werden dauerhaft aufgestockt:

Für das Jahr 2014	113.000 EUR p. a.
Ab dem Jahr 2015	115.000 EUR p. a.

III. AIDS/STD-Beratungstelle

Die AIDS/STD-Beratungstelle des Gesundheitsamtes bietet wichtige Präventionsmaßnahmen, gebührenfreie HIV- und andere STD-Tests und im Rahmen der zur Verfügung stehenden Mittel gebührenfreie Impfungen sowie für nicht versicherte Prostituierte Beratung zu STDs und ärztliche Sprechstunden während der Öffnungszeiten des Prostituiertencafés La Strada in der Anlaufstelle für Prostituierte. Für viele weibliche Prostituierte, die in der Regel nicht krankenversichert sind, bietet dieses medizinische Angebot den ersten Anlass, die Anlaufstelle aufzusuchen. Der Bedarf an medizinischer Beratung und Betreuung ist vor allem in dieser Gruppe in den letzten Jahren kontinuierlich gewachsen. Leider musste aufgrund unzureichender Personalausstattung das anfängliche Angebot auf ein 14-tägiges Angebot eingeschränkt werden. Für männliche Prostituierte kann nunmehr keine Sprechstunde mehr angeboten werden (GRDRs 220/2012).

Wir beantragen daher:

Das medizinische Beratungsangebot im HIV-/STD-Bereich für weibliche und männliche Prostituierte wird ausgeweitet und dafür werden beim Gesundheitsamt 0,2 Facharztstellenanteile und 0,3 Stellenanteile Krankenpflege geschaffen.

- | | |
|--|-------------------------|
| 3. Schaffung einer 0,2 Facharztstelle HIV-/STD-Beratung | 25.360 EUR p. a. |
| 4. Schaffung einer 0,3 Krankenpflegestelle HIV-/STD-Beratung | 17.550 EUR p. a. |

IV. Aidshilfe

Nach wie vor gibt es eine hohe Anzahl an HIV-Erkrankungen und Aufklärung und Prävention ist nach wie vor ein wichtiges Thema. Neben der Betreuung und Beratung bereits infizierter oder auch erkrankter Personen ist die Öffentlichkeitsarbeit ein wichtiger Baustein der Arbeit der Aidshilfe Stuttgart e.V.

Ohne eine starke Öffentlichkeitsarbeit gibt es kein Bewusstsein in der Bevölkerung, aber auch weniger Spenden, die wie bei anderen Organisationen ebenfalls unregelmäßig und auch, nicht zuletzt wegen des niedrigen Zinsniveaus, rückläufig sind.

Daher beantragen wir:

- | | |
|---|-------------------------|
| 5. Es wird ein Zuschuss von 25.000 EUR p. a. für zwei Jahre für diese Aufgabe als Anschub für eine neue Form der Öffentlichkeitsarbeit gewährt. | 25.000 EUR p. a. |
|---|-------------------------|

Silvia Fischer

Peter Pätzold

Eingang bei: L/OB

Datum:

Uhrzeit:

Eingang bei: 10-2.1

Datum:

Uhrzeit:

Haushaltsantrag

Stadträtinnen / Stadträte - Fraktionen

Bündnis 90/DIE GRÜNEN-Gemeinderatsfraktion

Betreff

Haushalt 2014/15 Antrag Nr. 30

Suchthilfe – Das Hilfesystem stabilisieren und weiterentwickeln

- 2 -

I. Suchthilfe

Im Suchthilfesystem stehen mit der Versorgung der Chronisch Mehrfach Beeinträchtigten Abhängigkeitskranken (CMBA) deutliche Veränderungen und eine große Herausforderung bevor. Diese neue Aufgabe ist aber nur auf Basis auskömmlicher Förderbedingungen zu bewältigen und darf nicht zu Lasten des bestehenden Hilfesystems gehen. Dazu müssen die Förderbedingungen in der Suchthilfe endlich an die anderen zuschussfinanzierten Arbeitsfelder des Gesundheitsamtes angeglichen werden, indem die Förderpauschale von derzeit 77,5 Prozent je Stelle auf 80 Prozent angehoben wird und auch die Sachkostenpauschale erhöht wird.

Wir beantragen daher:

Die zuschussfinanzierten ambulanten Suchthilfeeinrichtungen erhalten eine an andere Bereiche angepasste, verbesserte Finanzierung.

- | | |
|---|-------------------------|
| 1. Erhöhung der Förderpauschale auf 80 Prozent | 84.900 EUR p. a. |
| 2. Erhöhung Sachkostenpauschale auf 2.480 EUR/ Stelle | 25.500 EUR p. a. |

II. CMBA Versorgungskonzept

Das bestehende System der Suchthilfe muss aber nicht nur stabilisiert werden, als Großstadt sollte sich Stuttgart in diesem Bereich immer auch weiterentwickeln und bestehende Versorgungslücken zu schließen versuchen. Zuletzt hat der Gemeinderat bei der diamorphingestützten Substitution hier wichtige Entscheidungen getroffen. Mit dem Versorgungskonzept für Chronisch Mehrfach Beeinträchtigte Abhängigkeitskranke liegt nun ein sinnvolles Konzept zur Weiterentwicklung vor, das wir in diesem Doppelhaushalt in einem ersten Schritt auf den Weg bringen wollen. Dabei sollen zunächst diejenigen

Chronisch Mehrfach Beeinträchtigte Abhängigkeitskranke adressiert werden, die mit der Hauptdiagnose Alkoholismus bislang von den bestehenden Hilfesystemen noch überhaupt nicht erreicht werden. Das sind in Stuttgart immerhin geschätzte 500 bis 1.000 Betroffene.

Wir beantragen daher:

Vom vorliegenden CMBA-Versorgungskonzept wird das Modul 2 umgesetzt, mit dem ein Versorgungsangebot für bisher noch nicht erreichte Chronisch Mehrfach Beeinträchtigte Abhängigkeitskranke aufgebaut wird. Dazu werden für zwei Regionen jeweils 1,5 Fachkraftstellen bei den Suchthilfeträgern bezuschusst.

3. Einrichtung eines Zuschusses

Im Jahr 2014:

177.100 EUR

Im Jahr 2015:

180.600 EUR

Silvia Fischer

Peter Pätzold

Eingang bei: L/OB

Datum:

Uhrzeit:

Eingang bei: 10-2.1

Datum:

Uhrzeit:

Haushaltsantrag

Stadträtinnen / Stadträte - Fraktionen

Bündnis 90/DIE GRÜNEN-Gemeinderatsfraktion

Betreff

Haushalt 2014/15 Antrag Nr. 31

Inklusion – den Weg erfolgreich weiter gehen

I. Eingliederungshilfe

Schon im vergangenen Haushalt haben wir in der Politik für Menschen mit Behinderung wichtige Fortschritte auf dem allerdings noch langen und steinigen Weg zur inklusiven Stadt erzielt. Diesen Weg gilt es entschlossen weiter zu gehen.

Das Forschungsvorhaben „Wirkungsanalyse des Fallmanagements in der Eingliederungshilfe“ hat eindrucksvoll gezeigt, dass durch eine Umverteilung der vorhandenen Personalressourcen in der Eingliederungshilfe das Fallmanagement ausgeweitet und optimiert werden kann (GRDRs 655/2013). Hierdurch kann auch die steigende Nachfrage nach Leistungen in Form eines persönlichen Budgets besser befriedigt werden – und damit der Wunsch vieler Menschen mit Behinderung nach einer weitgehend selbstbestimmten Lebensgestaltung.

Wir beantragen daher:

1. In der Eingliederungshilfe werden fünf Sachbearbeiter-Stellen in fünf Fallmanager-Stellen umgewidmet, um das Fallmanagement ausweiten und optimieren zu können.

45.000 EUR p. a.**II. Zentrum für selbstbestimmtes Leben**

Das Zentrum für selbstbestimmtes Leben (ZsL) ist die einzige Beratungsstelle in Stuttgart mit Fachkräften, die selbst mit einer Behinderung leben. Seit 2012 erhält das Zentrum eine pauschalierte städtische Förderung in Höhe von 66.000 EUR. Das Angebot des Zentrums richtet sich an Menschen mit Behinderung, an Angehörige von Menschen mit Behinderung und weitere Unterstützerdienste des sozialen Nahraumes. Die Anfragen an das ZsL von Menschen mit Behinderung, aber auch von anderen Diensten und Einrichtungen der Behindertenhilfe sind deutlich angewachsen und nur mit erhöhtem Personalaufwand zu befriedigen. In Folge der Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention ist mit einem weiteren Anstieg zu rechnen. Das Beratungsangebot sollte deshalb ausweitert werden,

insbesondere weil es die Selbstvertretung der Menschen mit Behinderung stärkt und beratend Prozesse zur Inklusion begleitet.

Wir beantragen daher:

2. Der städtische Zuschuss für das ZsL wird erhöht, so dass der gestiegenen Zahl an Anfragen an das ZsL nachgekommen werden kann.

7.500 EUR p. a.

III. Sexualität und Behinderung

Das Großthema Inklusion bringt Bewegung in alle Aspekte und Teilbereiche des menschlichen Lebens. Neue Wohn- und Lebensformen, inklusive Bildungs- und Freizeitangebote und eine zunehmende Offenheit beim Thema „Sexualität und Behinderung“ führen zu neuen Fragen und Unsicherheiten und stellen Einrichtungen der Behindertenhilfe, Eltern und nicht zuletzt Menschen mit Behinderung vor neue Herausforderungen. Hierfür braucht es angemessene Information und Aufklärung, Unterstützung und Begleitung für Menschen mit Behinderungen und ihre Partner, ihre Eltern, die Betreuerinnen und Betreuer sowie die Einrichtungen.

Wir beantragen daher:

3. Für Informations-, Beratungs-, Begleitungs- und Öffentlichkeitsangebote zum Themenbereich Sexualität und Behinderung wird die Schaffung von zwei Personalstellen bei Pro Familia gefördert.

112.000 EUR p. a.

IV. Kultur für alle

Die Initiative „Kultur für Alle“ leistet seit 2010 gute Arbeit, um auch Bürgerinnen und Bürgern mit wenig Geld eine Teilhabe am reichhaltigen Kulturleben Stuttgarts zu ermöglichen. Seit 2013 engagiert sie sich mit der Einrichtung des Runden Tisches „Inklusion und Teilhabe von Menschen mit Behinderung an Kultur in Stuttgart“ auch für die kulturelle Teilhabe von Menschen mit Behinderung (GRDRs 270/2013). Vor diesem Hintergrund ist eine städtische Förderung, die eine Fortführung des Projektes ermöglicht, gut investiertes Geld.

Wir beantragen daher:

4. Der gemeinnützige Trägerverein Kultur für Alle e.V. erhält für die Fortführung seiner Arbeit für die Teilhabe am Kulturleben von Menschen mit finanziellen Einschränkungen und von Menschen mit Behinderung einen städtischen Betriebskostenzuschuss.

25.000 EUR p. a.

V. Menschen mit geistiger Behinderung

Menschen mit geistiger Behinderung soll auch im Alter eine weitgehend selbstbestimmte Lebensgestaltung ermöglicht werden. Dazu bedarf es aber auch geeigneter Angebote, um die nachberufliche Lebensphase von Menschen mit geistiger Behinderung zu gestalten und

ihnen verschiedene Angebote zur Verfügung zu stellen. Dazu soll das Regelangebot der Begegnungsstätten für Ältere diesem Personenkreis in gleicher Weise wie allen älteren Bürgerinnen und Bürgern zur Verfügung stehen.

Wir beantragen daher:

5. Das 2012 begonnene Projekt „Öffnung von Begegnungsstätten als Regelangebot des Sozialraums für Senioren mit geistiger Behinderung“ (GRDrs 257/2013) soll in drei weiteren Begegnungsstätten umgesetzt werden. Dazu bedarf es einer städtischen Förderung der dabei entstehenden Personalkosten.

18.000 EUR p. a.

VI. Nachmittagsangebote an den Sonderschulen für behinderte Schüler

Seit dem Schuljahr 2010/11 werden an den vier Sonderschulen für geistig- und körperbehinderte Kinder und Jugendliche in Stuttgart an den unterrichtsfreien Nachmittagen ergänzende Nachmittagsangebote angeboten. In bislang insgesamt 28 Gruppen finden verlässliche Betreuungsangebote statt, die durch pflegerische Kräfte begleitet werden. Um die zunehmende Nachfrage nach weiteren Betreuungsplätzen abdecken zu können und damit Eltern eine bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf und eine Entlastung in erschwerten familiären Situationen bieten zu können, ist die Einrichtung weiterer Gruppen notwendig.

Wir beantragen:

6. die Aufstockung der Sachkosten
für das Jahr 2014 **134.000 EUR**
für das Jahr 2015 **134.000 EUR**
7. die Aufstockung der Stellenanteile für pflegerische Kräfte um eine 70 Prozent-Stelle, um die Angebote der Nachmittagsbetreuung unter pflegerischen Aspekten begleiten zu können.

0,7 Stelle

Silvia Fischer

Peter Pätzold

Haushaltsantrag vom 22.10.2013	Nr. 456/2013
---------------------------------------	---------------------

Eingang bei: L/OB

Datum:

Uhrzeit:

Eingang bei: 10-2.1

Datum:

Uhrzeit:

Haushaltsantrag

Stadträtinnen / Stadträte - Fraktionen
Bündnis 90/DIE GRÜNEN-Gemeinderatsfraktion
Betreff
Haushalt 2014/15 Antrag Nr. 32 Männerinterventionsstelle (MIS) – mit mehr Personal erfolgreichen Weg gegen häusliche Gewalt weitergehen

Die Männerberatungsstelle der Sozialberatung Stuttgart e. V. leistet wichtige Arbeit innerhalb der Stuttgarter Ordnungspartnerschaft gegen häusliche Gewalt STOP. Zum Schutz der Familien und um weitere Gewalthandlungen der Täter/-innen zu verhindern, berät die Männerinterventionsstelle (MIS) seit 2005 sehr erfolgreich im Kampf gegen häusliche Gewalt. Seit 2005 hat sich die Zahl der Fälle mehr als verdoppelt, hinzu kommt die hohe Anzahl telefonischer Anfragen und die Beratung von Angehörigen, Beratungszentren und anderen Einrichtungen, die für ihre Fälle Hilfe benötigen. Aktuell besteht deshalb für die Hilfe suchenden Täter eine Warteliste, was im Ablaufprozess des Verfahrens äußerst kontraproduktiv ist, da aus fachlicher Sicht die Täterberatung niederschwellig und zeitnah erfolgen sollte. Eine Warteliste führt dazu, dass vor allem die hoch motivierten Selbstmelder wieder abspringen und nicht mehr erreicht werden.

Wir beantragen daher:

Die Personalkapazität in der Männerinterventionsstelle wird um 0,85 Stellenanteile erhöht, damit die gegenüber 2005 um mehr als 100 Prozent erhöhte Fallzahl ohne übermäßige Wartezeiten bearbeitet werden kann.

Erhöhung des Zuschusses:

61.000 EUR p. a.

Silvia Fischer

Peter Pätzold

Eingang bei: L/OB

Datum:

Uhrzeit:

Eingang bei: 10-2.1

Datum:

Uhrzeit:

Haushaltsantrag

Stadträtinnen / Stadträte - Fraktionen

Bündnis 90/DIE GRÜNEN-Gemeinderatsfraktion

Betreff

Haushalt 2014/15 Antrag Nr. 33

Überfällig: Ein Mobilfunkkonzept für Stuttgart

Mobilfunk hat sich rasant innerhalb von kaum zwei oder drei Dekaden durchgesetzt und die Kommunikation in der Gesellschaft revolutioniert. Die Festnetz-Telefonie wurde nahezu verdrängt. Immer öfter werden immer größere Datenpakete drahtlos übertragen. Geräte werden entwickelt – wie die Tablet-PCs –, die auf dieser Technologie aufbauen, Programme und Apps ohne Zahl entwickelt und die Cloud wird immer mächtiger.

Für die kommenden Jahre werden weiter enorme Zuwachsraten vorhergesagt. Angesichts dieses rasanten Ausbaus der Mobilfunknetze stellt sich die Frage nach möglichen Gesundheitsgefährdungen durch Mobilfunkstrahlung immer stärker. Immer mehr Gutachten belegen, dass Mobilfunk nicht so harmlos ist, wie er von Betreibern und Lobbyisten gerne dargestellt wird. Studien liefern neue Erkenntnisse über die Wirkungsweise der Strahlung auf den menschlichen Körper. Unbestritten ist, dass Langzeitwirkung und Auswirkungen auf Schwangere, Föten und Kinder noch nicht ausreichend erforscht sind.

Viele unsere Nachbarn haben deutlich niedrigere zulässige Grenzwerte. Die Weltgesundheitsorganisation stuft die Strahlung als „möglicherweise krebserregend“ ein. Europarat und die Europäische Umweltagentur warnen und appellieren zu einer Vorsorgepolitik: Strahlungsbelastungen sollen möglichst weit minimiert werden, solange gesundheitsgefährdende Strahlungen nicht definitiv ausgeschlossen werden können. Die Strahlenbelastung muss selbstverständlich dort gemessen werden, wo die Exposition am höchsten ist. Der evangelischen Gesamtkirchengemeinde Stuttgart gebührt das Verdienst, erstmals in Deutschland eine solche worst-case-Messung in Auftrag gegeben zu haben. Beauftragt wurde ein renommiertes, unabhängiges Institut, die Belastung durch hochfrequente elektromagnetische Strahlung von Mobilfunksendeanlagen im Gebiet Vogelsang im Stuttgarter Westen zu messen.

Gemessen wurde dort, wo die Menschen leben und arbeiten, wo sie der Strahlung die meiste Zeit ausgesetzt sind, also auf Stockwerksebene – und damit nicht wie die „offiziellen“ Messungen der Bundesnetzagentur (BNA), die eine Unschärfe in der Vorschrift „nutzt“, anderthalb Meter über dem Erdboden. Das Gutachten belegt, dass die Belastungen weit höher sind als von der BNA verlautbart. Sie liegen um ein Vielfaches über dem Schweizer Grenzwert, um ein 20-faches über dem in Paris und um ein 200-faches über dem in Südtirol zulässigen Wert.

Zur Massierung der Strahlenbelastung trägt der weitgehend unkontrollierte Wildwuchs an Sendeanlagen bei. Die vier großen Mobilfunkanbieter betreiben 13 Netze nebeneinander in Stuttgart; entsprechend überdimensioniert ist die Zahl der Sendeanlagen.

Auch der derzeit erfolgende Aufbau des LTE-Netzes, der absehbar zu einer Verdoppelung der Strahlenbelastung führen wird, verläuft unkoordiniert und ohne Steuerung der Verwaltung, welcher über das Baurecht eine gewisse Steuerung offen steht. Absehbar ist, dass immer größere Datenpakete übertragen werden und der Ausbau ungehemmt weitergehen wird. Fachleute gehen davon aus, dass die Mobilfunk-Technologie noch vor dem Jahr 2030 mit dem Datenaufkommen völlig überfordert sein dürfte.

Keine Frage: Die Technologie hat klare Stärken, auf die kaum jemand verzichten will. Dadurch kann aber nicht jedes mögliche Risiko in Kauf genommen werden. Ein erster Schritt wäre, die Strahlenexposition durch eine koordinierte Standortplanung zu minimieren. Als Grundlage hierfür kann ein Mobilfunkkonzept dienen. Ein solches haben bereits die Bezirksbeiräte in West (einstimmig), in Bad Cannstatt, Plieningen und Süd gefordert.

Wir beantragen:

1. Die Stadt Stuttgart erstellt auf Grundlage der bestehenden Senderstandorte ein Strahlenkataster über die von Mobilfunksendeanlagen ausgehende Strahlenbelastung im Stadtgebiet Stuttgart.
2. Die Stadtverwaltung wird beauftragt, ein Mobilfunkvorsorgekonzept zur Eindämmung der unkontrolliert zunehmenden Strahlenbelastung zu erstellen.
3. Die Stadtverwaltung versucht modellhaft in einem geeigneten Stadtbezirk, die Strahlenbelastung aus der Mobilfunkversorgung durch Vergleichsmäßigung zu minimieren.
4. Hierfür werden in den Haushalt eingestellt:

200.000 EUR

Silvia Fischer

Peter Pätzold

Eingang bei: L/OB

Datum:

Uhrzeit:

Eingang bei: 10-2.1

Datum:

Uhrzeit:

Haushaltsantrag

Stadträtinnen / Stadträte - Fraktionen

Bündnis 90/DIE GRÜNEN-Gemeinderatsfraktion

Betreff

Haushalt 2014/15 Antrag Nr. 34

Städtisches Personal in der Verwaltung

I. Maßnahmen zur Personalgewinnung und Personalerhaltung

Gutes Personal wird knapp – in manchen Bereichen wie der Pflege oder Kinderbetreuung herrscht schon gravierender Mangel. Die Arbeitgeberin Stadt kommt nicht umhin, mit attraktiven Arbeitsbedingungen auf dem Arbeitsmarkt aufzutreten. Maßnahmen zur Personalgewinnung und Personalerhaltung sind daher unverzichtbar. Bereits in den Haushaltsberatungen 2012/13 hat der Gemeinderat 2,8 Mio. EUR jährlich zur Verfügung gestellt. Die jetzt im Haushaltsentwurf vorgesehenen 1,8 Mio. EUR reichen nicht aus. Die in der Vorlage 49/2012 aufgeführten Maßnahmen sind für eine weitere Intensivierung der Personalgewinnungs- und -erhaltungsmaßnahmen erforderlich. Wir halten die Vorschläge wie Erhöhung der Praktikantenvergütungen insbesondere in Bereichen mit Fachkräftemangel, Stellenpool für Leistungsgeminderte, Wissenstransfer durch überlappende Stellenbesetzung, Inklusion, Besetzung von Stellen während der Mutterschutzfrist für notwendig, damit die Stadt Stuttgart auch künftig genügend qualifizierte Mitarbeiter findet, um ihre Dienstleistungen für die Bürgerinnen und Bürger erbringen zu können

Wir beantragen:

1. Für Maßnahmen zur Personalgewinnung und Personalerhaltung werden in den Haushalt eingestellt:

1.000.000 EUR p. a.

II. Einbürgerungskampagne

Die erfolgreiche Einbürgerungskampagne des Amtes für öffentliche Ordnung – Anstieg der Einbürgerungen um 25 Prozent seit 2010 – fand im Jahr 2012 durch die Streichung einer Stelle ein schnelles Ende. Dabei hat die Kampagne erst knapp 10 Prozent der möglichen Neubürger erreicht und sie über die Vorteile einer Einbürgerung informiert. Ca. 90.000 Stuttgarterinnen und Stuttgarter mit ausländischer Staatsangehörigkeit, mithin 70 Prozent der in Stuttgart lebenden Ausländer, könnten durch diese Kampagne

angesprochen werden.

Wir beantragen

2. Weiterführung der Einbürgerungskampagne **1,0 Stelle**

III. Baustellenüberwachung

Zahlreiche Großbaustellen besonders in der Innenstadt behindern das Leben in der Stadt. Die Zahl und Komplexität der Bauvorhaben sind nicht erst seit Beginn der Arbeiten für Stuttgart 21 stark angestiegen. Neben den unvermeidbaren Beeinträchtigungen wird die Situation dadurch verschärft, dass sinnvolle Auflagen und Vorschriften für die Bautätigkeit nicht kontrolliert werden. Durch die Überwachung der Baustellen werden aber Risiken minimiert, Verkehrsstaus reduziert oder Barrieren abgebaut.

Fehlende Baustellenüberwachung hingegen minimiert das Risiko, wegen einer ungenehmigten oder verkehrsunsicher eingerichteten Arbeitsstelle beanstandet zu werden. Dadurch wird ein fataler Anreiz geschaffen. Bisher kann die Überwachung der Baustellen nicht wahrgenommen werden.

Wir beantragen:

3. Verstärkung der Baustellenüberwachung **2,0 Stellen**

IV. Bezirksrathäuser

Die Bürgerinnen und Bürger haben als Anlaufstelle die Bezirksrathäuser oder Bürgerbüros vor Ort. Die Arbeitsbelastung dort ist in den letzten Jahren gestiegen, auch durch wachsende Aufgaben. Diese Servicestellen vor Ort sind für die Bürgerinnen und Bürger aber notwendig, sie dürfen nicht unter einer möglichen Unterbesetzung leiden.

Es gibt aber Bezirksrathäuser, wie z.B. in Stammheim, die Probleme haben, ihren Service, angefangen von der standesamtlichen Trauung bis zur Ausstellung des Personalausweises, aufrecht zu erhalten.

Wir beantragen:

4. Die Verwaltung stellt bis zu den Stellenplanberatungen dar, wie die Arbeitsbelastung der einzelnen Bezirksrathäuser und Bürgerbüros aussieht und wo Lücken in der Bereitstellung der Dienstleistungen für die Bürgerinnen und Bürger auf Grund von personellen Engstellen vorhanden sind.

V. Immobilienmanagement

Vereinsport in den Ferien soll aus „Fürsorgepflicht“ für die Hausmeister unterbunden werden. In Schulen führen kleine, im Grund schnell zu reparierende Defekte dazu, dass Unterrichtsräume gesperrt werden müssen. Flüchtlinge müssen in unzumutbaren Zimmern hausen, weil wochenlang auf den Handwerker gewartet werden muss. Im

Immobilienmanagement des Amtes für Liegenschaften und Wohnen liegt einiges im Argen. Auch braucht es Kapazitäten für den Ausbau der Kitas und vieles mehr. Das Management wird derzeit mit externer Begleitung evaluiert. Die Leistungsbeschreibung für die Ausschreibung wurde mit ausgewählten Fachämtern, dem Hochbauamt und dem Gesamtpersonalrat abgestimmt. Sowohl der örtliche Personalrat als auch der Gesamtpersonalrat waren in die Auswahl der externen Begleitung eingebunden; der Auftrag wurde Ende April 2013 vergeben. Das Projekt startete im Mai und soll Ende Oktober 2013 abgeschlossen sein. Bis Ende 2013 wird den gemeinderätlichen Gremien über das Evaluationsergebnis berichtet.

Wir beantragen:

5. Umsetzung des Evaluationsergebnisses beim Immobilienmanagement und der damit verbundenen erforderlichen Stellen
- a) Für den Bereich Kita: **4,0 Stellen**
- b) Für den übrigen Bereich: **min. 4,0 Stellen**

VI. Schulhausmeister

Bei den Schulhausmeistern herrscht ein großer Engpass. Dies führt u. a. zu Schließzeiten der Schulsporthallen für Vereine in den Ferien und zu mangelnder Wartung der Räumlichkeiten.

Wir beantragen:

6. Schaffung weiterer Stellen im Bereich Schulhausmeister **6,0 Stellen**

VI. Flächenmanagement

Die Stadt Stuttgart hat in einigen Programmen (u.a. CobraMan) viele Erfahrungen und Erkenntnisse im Umgang mit Konversions- und Entwicklungsflächen in der Stadt gemacht. Schlussfolgernd daraus müsste die bisherige Organisation der Koordination und Entwicklung dieser Flächen neu geordnet und organisiert werden.

Wir beantragen:

7. Die Verwaltung stellt dar wie der Bereich Flächenentwicklung, Konversionsflächen, NBS in Zukunft auf Grund der Erfahrungen der letzten Jahre neu aufgestellt werden muss.

VII. Genehmigung von Veranstaltungen

Die Genehmigung von Veranstaltungen in der Stadt sind eine aufwändige Sache für beide Seiten, den Veranstalter, aber auch die Genehmigungsbehörde. Eine Vielzahl von Regelungen erfordert ihre Beachtung und ihre Vermittlung, aber auch die Hilfe bei der Antragsstellung.

Auch im Bereich von Sondergenehmigungen im öffentlichen Raum gibt es immer mehr Probleme. So z.B. durch die Zunahme von Filmproduktionen in Stuttgart, die Stuttgart als Drehort bewusst nehmen. Dies führt aber zu einem Mehr an Arbeit und damit auch zu Problemen bei der Bearbeitung der Anträge, da einfach die Personalressource zu knapp scheint.

Wir beantragten:

8. Die Verwaltung stellt dar wie die Entwicklung der Genehmigungsverfahren (Feste, Veranstaltungen, Kulturevents, Filmlocations, etc.) zugenommen haben. Sie stellt auch dar, welche Verbesserungsmöglichkeiten sie in diesem Bereich sieht und auch vorschlägt.

Silvia Fischer

Peter Pätzold

Haushaltsantrag vom 22.10.2013	Nr. 459/2013
---------------------------------------	---------------------

Eingang bei: L/OB

Datum:

Uhrzeit:

Eingang bei: 10-2.1

Datum:

Uhrzeit:

Haushaltsantrag

Stadträtinnen / Stadträte - Fraktionen
Bündnis 90/DIE GRÜNEN-Gemeinderatsfraktion
Betreff
Haushalt 2014/15 Antrag Nr. 35
Einnahmen verbessern 1:
Umsetzung des Schlichterspruchs aus 2010 – Gäubahnflächen zurück an die Bahn

Beim Faktencheck 2010, auch Schlichtung genannt, wurde von beiden Seiten vereinbart, dass die Teilfläche D, die Gäubahn, als Schienentrasse erhalten wird.

Seitdem überlegt aber die Bahn weiterhin, ob sie die gesamte Fläche D zurückgeben soll oder nur einen Teil. Der Grundstückspreis für die Grundstücke war darauf ausgelegt und so mit Zinsen etc. berechnet, dass die Grundstücke bis spätestens zum 31.12.2012 frei gemacht sind.

Auch wenn die Bahn weiter überlegt, ist es doch einigermaßen sicher, dass mindestens 90 Prozent der Fläche D an die Bahn zurückgehen. Aus diesem Grund ist es auch im Hinblick auf die finanziellen Aufgaben der Stadt nur richtig, wenn dieser Rückkauf nun innerhalb dieses Haushalts abgewickelt wird.

Wir beantragen daher:

Die Stadtverwaltung wickelt für 90 Prozent der Teilfläche D (rund 301.000 qm) das Grundstücksgeschäft mit der Deutschen Bahn AG wieder zurück ab.

Einnahmen

mindestens + 10,195 Mio. EUR

Silvia Fischer

Peter Pätzold

Eingang bei: L/OB

Datum:

Uhrzeit:

Eingang bei: 10-2.1

Datum:

Uhrzeit:

Haushaltsantrag

Stadträtinnen / Stadträte - Fraktionen

Bündnis 90/DIE GRÜNEN-Gemeinderatsfraktion

Betreff

Haushalt 2014/15 Antrag Nr. 36

Einnahmen verbessern 2:

Wer spät fertig wird, muss wenigstens zahlen – Bahn soll Miete zahlen

Die Stadt Stuttgart hat 2001 die Grundstücksflächen, A1, A2, A3, B, C, D von der Bahn gekauft mit dem Ziel, die letzten Flächen bis spätestens 2014 übernehmen zu können (GRDrs 990/2001).

Auf dieser Annahme wurden auch die ganzen Berechnungen der Finanzierung und der Wirtschaftlichkeit gemacht. Wir wissen, dass die Bahnflächen nicht im nächsten Jahr und auch nicht im übernächsten Jahr frei werden, sondern frühestens 2022.

Die Stadt Stuttgart ist 2007 im Rahmen der Ergänzungsvereinbarung (GRDrs 790/2007) davon ausgegangen, dass sie durch das Bauprojekt schon beim Bau mit einer zusätzlichen Einnahme bei der Gewerbesteuer von 1,9 Mio. EUR rechnen kann. Mit allen Einflüssen zusammen hatte sie in der damaligen Rechnung ein Plus von 4,0 Mio. EUR pro Jahr angesetzt. Dieses ist heute nicht mehr zu sehen bzw. scheint nicht vorhanden zu sein.

Gleichzeitig wurden die von der Stadt gekauften Flächen der Bahn mietzinslos überlassen, in der Annahme, dass dieser Zustand nur bis 2014 währt.

Die Bahn berechnet in diesem Jahr pro Zughalt im Hauptbahnhof Stuttgart 20,49 EUR. Das würde grob gerechnet bei rund 1.240 Zughalten pro Tag (164 Fernverkehr, 426 Nahverkehr, 650 S-Bahn) rund 25.400 EUR am Tag bedeuten und gut 9 Mio. EUR pro Jahr. Ein Teil dieser Erträge wird auf städtischen Flächen erzielt.

Wir sind der Auffassung, dass diese gravierende Änderung in den Zeitabläufen von der Stadt finanziell nicht mehr zu tragen ist. Aus diesem Grund sind neue Verhandlungen mit der Bahn notwendig, wenigstens die Verzögerungen in der Nutzung etwas zu kompensieren.

Wenn die Bahn ab 2014 für die Teilflächen A2 und A3 einen Mietpreis von 2,5 EUR/qm und Monat zahlen würde, wären das immerhin gut 3,6 Mio. EUR Mieteinnahmen für die Stadt.

Für die Nutzung der städtischen Fläche vor dem Nordausgang zahlt die Bahn übrigens inzwischen 7,30 EUR im Monat.

Wir beantragen daher:

Die Stadtverwaltung tritt mit der Bahn in Verhandlungen ein, um ab dem 1.1.2014 für die Teilflächen A2 und A3 einen angemessenen Mietpreis zu erhalten, damit die beim Grundstücksvertrag 2001 prognostizierten Mehreinnahmen wenigstens zum Teil kompensiert werden können.

Einnahmen**ca. +3,6 Mio. EUR p. a.**

Silvia Fischer

Peter Pätzold

Eingang bei: L/OB

Datum:

Uhrzeit:

Eingang bei: 10-2.1

Datum:

Uhrzeit:

Haushaltsantrag

Stadträtinnen / Stadträte - Fraktionen

Bündnis 90/DIE GRÜNEN-Gemeinderatsfraktion

Betreff

Haushalt 2014/15 Antrag Nr. 37

Einnahmen verbessern 3:

Erhöhung Parkentgelte und Parkgebühren

Nach Jahren versäumter Parkgebührenanhebung und damit indirekter Benachteiligung der ÖPNV-Nutzer, die mit jährlichen Preisanstiegen im VVS leben mussten, wurden in den Jahren 2011 und 2013 die Gebühren für das Parken an Parkuhren und auf Stellplätzen mit Parkscheinautomaten im öffentlichen Straßenraum sowie die privatrechtlichen Benutzungsentgelte für Parkhäuser und Parkplätze angehoben. Mit der letzten Anhebung zum 1.1.2013 wurde endlich die von uns schon lange geforderte Anpassung an die prozentuale Entwicklung der VVS-Tarife umgesetzt. Diese Anpassung wollen wir beibehalten, um die Wettbewerbsbedingungen des ÖPNV nicht wieder zu verschlechtern und die notwendigen Preissteigerungen bei den Parkgebühren und Benutzungsentgelten auf städtischen Parkplätzen und Parkieranlagen moderat zu halten. Auch entspricht eine weitere Anhebung der Parkgebühren den Forderungen des Luftreinhalte- und Aktionsplans (Maßnahme 24) sowie den Zielen des Gemeinsamen Aktionsplans des Lenkungskreises Mobilität „Nachhaltig mobil in Stuttgart“ (Anpassung der Parkgebühren in der City: Parken am Straßenrand teurer als in Parkhäusern, Parken in Parkhäusern teurer als ÖPNV). Zum 1.1.2014 werden die Fahrpreise im VVS-Tarif um 2,8 Prozent angehoben und auch im Jahr 2015 muss wohl mit einer Preisanhebung im Bereich der Steigerungen der letzten Jahre gerechnet werden.

Wir beantragen deshalb:

1. Die Gebühren für das Parken an Parkuhren und auf Stellplätzen mit Parkscheinautomaten im öffentlichen Straßenraum sowie die privatrechtlichen Benutzungsentgelte für Parkhäuser und Parkplätze werden zum 1.1.2015 analog zur Steigerung der VVS-Tarife im Zeitraum 2014/15 um durchschnittlich mindestens 5,5 Prozent angehoben. Abzüglich der Umrüstkosten bringt das Mehreinnahmen im Jahr 2015 von rund 230.000 EUR und ab dem Jahr 2016 von rund 400.000 EUR pro Jahr.

Der Doppelhaushalt 2014/2015 wird damit entlastet um

- 230.000 EUR

2. Die so genannte Brötchentaste (sprich 30-minütiges kostenloses Parken) wird zum 1.1.2015 abgeschafft. Abzüglich Umrüstkosten bringt das Mehreinnahmen im Jahr 2015

von ca. 150.000 EUR und ab dem Jahr 2016 von rund 180.000 EUR pro Jahr.

Der Doppelhaushalt 2014/2015 wird damit entlastet um **- 150.000 EUR**

Silvia Fischer

Peter Pätzold

Antrag vom 28.10.2013	Nr. 920/2013
------------------------------	---------------------

Eingang bei: L/OB

Datum: 28.10.2013

Uhrzeit: 14:00

Eingang bei: 10-2.1

Datum: 29.10.2013

Uhrzeit: 07:30

Antrag

Stadträtinnen / Stadträte - Fraktionen
Bündnis 90/DIE GRÜNEN-Gemeinderatsfraktion
Betreff
Neubauprojekt Eichstraße (Rathausgarage) Sinnvolle Nutzungen ermöglichen

Das Neubauprojekt Eichstraße, besser bekannt als Ersatz der Rathausgarage, schlägt hohe Wellen. Dazu gehört insbesondere die Diskussion, ob an der südlichen Ecke eine Nutzung durch Gastronomie oder Einzelhandel realisierbar ist oder nicht. Die bisher vorgeschlagene Alternative durch die SPD, Stellplätze im Erdgeschossbereich einzurichten, ist städtebaulich und auch vom Raum her eine schlechte Lösung. Damit wird dort weiterhin ein Unort geschaffen, den man eigentlich beseitigen will. Aus diesem Grund ist es wichtig, über Alternativen nachzudenken. Wir könnten uns vorstellen, im Rahmen des Projekts auch Räume für Vereine oder Bürgerinitiativen, die sich dort treffen können, inklusive der notwendigen Infrastruktur zu schaffen. Damit hätte man dem Bereich wenigstens eine halböffentliche belebende Nutzung zugeordnet.

Im Laufe der Planung wurde immer wieder darauf hingewiesen, dass der benachbarte Serverraum des Rathauses auch in den Neubau verlegt werden kann bzw. muss. Dieser befindet sich im Keller, ist inzwischen zu klein und vor allem ist er gefährdet bei Hochwasser oder Überschwemmungen. Die zur Wärmeableitung eingesetzte Klimatechnik ist veraltet, ineffizient und kann den Kapazitätsbedarf nicht mehr bewältigen.

Es ist deshalb notwendig, zu überprüfen, wie der Serverpark des Rathauses in den Neubau integriert werden könnte. Ebenso wäre es sinnvoll, die Abwärme der Server energetisch zu nutzen.

Wir beantragen daher:

1. Die Verwaltung untersucht die Unterbringung von Seminarräumen o. ä. und den dazugehörigen Nebenräumen (WC, Teeküche, Lager) im Bereich der bisher alternativ geplanten Stellplätze im Erdgeschossbereich.
2. Es wird dargestellt, wie der Serverpark des Rathauses im Neubau untergebracht werden kann. Die Kosten für die Unterbringung des Serverparks in einem Neubau der Rathausgarage aufgrund der notwendigen Verlegung bzw. Sanierung werden aufgezeigt und den erforderlichen Sanierungskosten des jetzigen Standortes gegenübergestellt. Die Einsparungen sind zu beziffern.
3. Ebenso wird die Verwendung der Abwärme des Serverparks zur energetischen Nutzung innerhalb des neu geplanten Gebäudes (sog. Green-IT) dargestellt sowie die bei den Energiekosten entstehende Einsparung aufgezeigt.

Peter Pätzold

Silvia Fischer

Anfrage vom 12.11.2013	Nr. 937/2013
-------------------------------	---------------------

Eingang bei: L/OB

Datum: 12.11.2013

Uhrzeit: 14:30

Eingang bei: 10-2.1

Datum: 12.11.2013

Uhrzeit: 15:10

Anfrage

Stadträtinnen / Stadträte - Fraktionen
Bündnis 90/DIE GRÜNEN-Gemeinderatsfraktion
Betreff
Dreizehn Millionen – und ein Meter fehlt?

Die Spielfläche des GAZI-Stadions auf der Waldau entspricht nicht den Normalmaßen von FIFA / UEFA für Fußballspielflächen von 105 m x 68 m, sondern hat lediglich Maße von 105 m x 67 m. Dies geht aus einem Schreiben des Deutschen Fußball-Bundes vom 17.10.2013 hervor. Der DFB weist in diesem Schreiben darauf hin, dass die Spielfläche durch diese Abweichung nur aufgrund einer – jedes Jahr neu zu beantragenden – Ausnahmegenehmigung für den Spielbetrieb der 3. Liga zugelassen werden kann. Dadurch sind im Moment auch keine Austragungen von Spielen oder Turnieren deutscher Junior-Nationalmannschaften möglich.

Nach Ende der Saison 2013/14 soll mit den Arbeiten für die neue Haupttribüne im GAZI-Stadion begonnen werden, um die bestehenden Lizenzauflagen des DFB für die 3. Liga erfüllen zu können. Hierfür nimmt die Stadt über 13 Millionen Euro in die Hand. Allerdings scheint es geradezu ein Schildbürgerstreich, dass in diesem Zusammenhang der eine der Spielfläche fehlende Meter nicht in Angriff genommen werden soll. Bei einem solch großen Projekt muss es doch möglich sein, gleichzeitig das Spielfeld um einen Meter zu verbreitern, damit keine Ausnahmegenehmigungen mehr nötig sind.

Deswegen beantragen wir:

Die Verwaltung stellt bis zur zweiten Lesung des Haushalts dar, wie gewährleistet werden kann, dass unabhängig von einem Einbau einer Rasenheizung im GAZI-Stadion die Spielfeldverbreiterung um einen Meter möglich gemacht werden kann.

Benjamin Lauber

Peter Pätzold

Antrag vom 12.11.2013	Nr. 940/2013
------------------------------	---------------------

Eingang bei: L/OB

Datum: 12.11.2013

Eingang bei: 10-2.1

Datum: 13.11.2013

Uhrzeit: 15:25

Uhrzeit: 08:30

Antrag

Stadträtinnen / Stadträte - Fraktionen
Bündnis 90/DIE GRÜNEN-Gemeinderatsfraktion
Betreff
SSB-Depot im Osten: Ein möglicher Raum für Kultur?

Die Raumprobleme für Kultureinrichtungen in Stuttgart sind hinreichend bekannt. Wand 5 e.V. braucht eine Location für den Filmwinter, die Freie Tanz- und Theaterszene ist ohne Spielstätte, der Verein Neues Kommunales Kino e.V. braucht Vorführsäle und auch das Varieté sucht nach geeigneten Räumen.

Im Stuttgarter Osten liegt eine gut ausgebaute kulturelle Spielstätte seit Jahren brach. Bis zum Sommer 2010 war das Theater im Depot eine wichtige Bühne in Stuttgart – und ein schönes Theater. Schließung und Leerstand reiht sich ein in das jahrelange Trauerspiel um die Zukunft des ehemaligen Straßenbahndepots.

Weil die SSB keine konkreten Pläne für das Areal hat und dort in den nächsten Jahren nicht tätig werden wird, wurde im Bezirksbeirat Ost ein einstimmiger Beschluss gefasst, der ein Konzept für eine Zwischennutzung des leer stehenden Depots fordert.

Da auch die SSB Bereitschaft signalisiert, eine Interimsnutzung zu ermöglichen, halten wir es für geboten, die Möglichkeiten auszuloten.

Wir beantragen:

1. Die Kulturverwaltung prüft gemeinsam mit der SSB und den zuständigen Ämtern, ob und zu welchen Bedingungen diese bereits vorhandene und brach liegende Spielstätte im Stuttgarter Osten genutzt werden kann. Insbesondere soll die Unterbringung der oben im Text genannten Institutionen geprüft werden.
2. Die Verwaltung berichtet darüber bis zur zweiten Lesung der Haushaltsberatungen.

Andreas Winter

Vittorio Lazaridis

Silvia Fischer

Antrag vom 18.11.2013	Nr. 944/2013
------------------------------	---------------------

Eingang bei: L/OB

Datum: 18.11.2013

Uhrzeit: 16:00

Eingang bei: 10-2.1

Datum: 19.11.2013

Uhrzeit: 08:00

Antrag

Stadträtinnen / Stadträte - Fraktionen
Bündnis 90/DIE GRÜNEN-Gemeinderatsfraktion
Betreff
Olga-Areal 2012 – es wird etwas später Weitere Umsetzung des Projektes

Das Projekt Olga-Areal 2012 verspätet sich. Was früher einmal im Jahr 2012 hätte fertig sein sollen, dauert nun wohl etwas länger und soll im Jahr 2016 bezugsfertig sein. Auch hat sich durch den Wasserschaden der Umzugstermin um ein halbes Jahr verschoben. Bevor es in die Umsetzung geht, müssten aber eigentlich noch ein paar Fragen beantwortet werden. So ist immer noch nicht geklärt, wie die Aufteilung der Flächen schlussendlich erfolgen soll. Ebenso ist nicht klar, wie die notwendige Quartiersgarage (geplante Fertigstellung: Ende 2015) finanziert werden und wer sie erstellen soll. Es ist daher notwendig, die Fragen, insbesondere wenn das Projekt in den nächsten zwei Jahren mit Finanzmitteln hinterlegt werden sollte, in den Haushaltsberatungen zu klären. Das Projekt ist ein Vorzeigeprojekt für Stuttgart, aber es holpert inzwischen in der Umsetzung. Es gibt viele Interessenten, darunter junge Familien mit Kindern, die in Baugemeinschaften dort einziehen wollen. Daher wäre es schön, die Kinder wären bei der Realisierung noch in dem Alter, in dem sie noch bei ihren Eltern wohnen wollen.

Wir beantragen daher:

1. Bis zur zweiten Lesung berichtet die Stadtverwaltung über folgende Punkte:
 - Stand des Projekts
 - Flächenaufteilung, Vergabe der Grundstücke
 - Quartiersgarage, Finanzierung, Umsetzung
 - aktueller Terminplan.
2. Die Verwaltung stellt dar, welche Mittel notwendig sind, um das Projekt weiter voranzutreiben und den angestrebten Terminplan (Bezug 2016) wie geplant einhalten zu können.

Peter Pätzold

Silvia Fischer